

# Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen  
der Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben und Verwaltungen

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 36  
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag  
Bezugspreis:  
monatlich durch die Post 50 Pf.

## Das Lohnproblem im Lichte der Konjunkturforschung

In Nr. 12 der „Gewerkschaft“ ist bereits über die Grundlagen der Konjunkturforschung von unserem Mitarbeiter R. berichtet. Wir verweisen ausdrücklich auf diese Studie. D. Red.



In der zweiten Sitzung des Bundesausschusses des ADGB. am 25. März in Berlin referierte Prof. W a g e m a n n über: „Das Lohnproblem im Lichte der Konjunkturforschung“. Er leitete seine Ausführungen ein mit einem Hinweis auf die Schwierigkeit, die nächste Lohnhöhe festzustellen. Die Tariflohnstatistik bietet kein eindeutiges Bild. Die Statistik der tatsächlichen Löhne, z. B. in der Textilindustrie, muß zur Korrektur herangezogen werden. Es zeigen sich erhebliche Unterschiede besonders bei den Akkordlöhnen. In der Depression pflegen die tatsächlichen Löhne den Tariflöhnen zu entsprechen, in der Hochkonjunktur gehen sie darüber hinaus. Sehr viel weiter würden wir kommen, wenn wir eine wirkliche ausgebaute Produktionsstatistik hätten. Die Unterlagen für die Untersuchung der Lohnhöhe sind also unzureichend. In der Vorkriegszeit laufen im allgemeinen die Schwankungen der Preise und Löhne parallel. In der Gegenwart scheint sich die Relation zwischen Preis- und Lohnbewegung durchaus geändert zu haben. Ein sichtbarer Zusammenhang scheint nicht zu bestehen. Bei ziemlich freier Wirtschaft setzt sich der Satz durch, daß die Preise etwas heftiger schwanken als die Löhne, daß die Bewegung im ganzen aber parallel geht. Auf diesen Beobachtungen beruht z. B. die Konjunkturtheorie von Leberer; er sagt, beim Abschwung entsteht eine Spannung zwischen Preisen und Löhnen. Die Löhne ziehen die Preise herunter. Umgekehrt beim Aufschwung. Die Löhne bleiben über dem Preisniveau stehen und ziehen die Preise hinauf. — Ist diese Auffassung richtig? Die Arbeitgeber behaupten: Die Löhne sollen in der Depression herabgesetzt werden. Dann besteht die Möglichkeit der Absatzweiterung, umgekehrt argumentiert — grob gesprochen — etwa Leberer. Das sind die beiden entgegengesetzten Meinungen. Offenbar kommt man mit so allgemeinen Argumenten nicht weiter. Es steht vielmehr so: Die Erhöhung der Löhne würde z. B. in der Depression bei der Textilindustrie die Konjunktur begünstigen. Freilich ist das nur eine Voraussetzung für die Steigerung der Konjunktur. Die Textilindustrie ist auf Rohstoffzufuhr angewiesen. Dazu bedarf sie der Ausfuhr. Wie wirkt aber die Erhöhung der Löhne auf die Ausfuhrmöglichkeit? Durch niedrige Preise und Löhne wird die Ausfuhr erleichtert, die Produktion angekurbelt. Sehnsüchtig liegt es für den Wohnungsbau. Der Markt der Mieten ist aber ziemlich stabil. Bei freier Wirtschaft würde also die Bauindustrie durch niedrige Löhne begünstigt. — Mit so allgemeinen Sägen, wie sie im Kampf der Argumente verwendet werden, kommt man nicht vorwärts. Es kommt auf die Zeitspanne, in der sich die Veränderungen der Löhne und Preise in der Wirtschaft auswirken, an. Teils werden die strukturellen Momente, teils die zeitlichen Momente nicht berücksichtigt. — Die Lohnhöhe ist konjunkturpolitisch gleichgültig. Entscheidend ist die Beweglichkeit der Löhne. Bei einer völlig freien Wirtschaft gibt es keine Konjunkturbewegung. Daraus gibt es eben keine Schwankungen, oder vielmehr alles, Preise, Löhne und Zinsschwankungen gleichzeitig. Eine völlig freie Wirtschaft gab es aber nie. Nun ist schon vor dem Kriege die Bindung der Wirtschaft immer mehr fortgeschritten. Die Wirtschaft ist heute hinsichtlich der Preise zu 50 Proz. gebunden, hinsichtlich der Löhne noch mehr. In der durchgeführten Planwirtschaft kann es auch keine Schwankungen geben.

Wir haben aber heute wohl eine weitgehende Bindung der Werte, aber weit weniger der Mengen. — Wird eine halbgebundene Wirtschaft die Konjunkturschwankungen erhöhen oder wird sie sie ermäßigen? Man kann sagen: wenn ein Teil der Wirtschaft gebunden ist, werden in anderen Teilen um so heftigere Schwankungen auftreten. Ein Beispiel bietet die Inflation. In dem Maße, wie die Goldrechnung durchgeführt wurde, um so heftiger schwankte die Daluta. In einer ähnlichen Situation befinden wir uns im halbstarren System der Wirtschaft. Die gebundene Lohnhöhe ist für die Schwankungen des gesamten Arbeitseinkommens ziemlich nebensächlich. Die (freie) Mengenbewegung ist den Konjunkturschwankungen dagegen noch ziemlich ausgesetzt. Die Ursachen, die die Konjunktur hervorrufen, kommen von außen. Sie stoßen auf die festgelegten Wirtschaftsfaktoren (Löhne, Preise), sie wirken daher um so heftiger auf die freien Teile, z. B. den Beschäftigungsgrad. — Wir stehen an der Wende der freien zur gebundenen Wirtschaft, d. h. wir befinden uns mitten in Konjunkturgewittern. Wir werden vermutlich immer mehr zur gebundenen Wirtschaft kommen. — Man kann sich nun sowohl bei hohen wie bei niedrigen Löhnen Konjunkturschwankungen vorstellen. Diese entwickeln sich aus Inkongruenzen in den Sphären der Wirtschaft, zahllosen Spannungen, von denen die Spannung zwischen Löhnen und Preisen nur eine ist. — Der Redner gab dann einen kurzen Ueberblick über die Diagnosen des Instituts für Konjunkturforschung. Die zwölf bisherigen Diagnosen waren vollständig richtig; Mitte 1926 erklärte das Institut: wir stehen vor einem Aufschwung. Die Läger waren nämlich geräumt. Es war also möglich, in die Läger hineinzuproduzieren. Außerdem waren von den Unternehmern Schulden aufgenommen worden zwecks neuer Produktion. Das waren die Gründe, auf die sich die Diagnose stützte. Mitte 1927 erklärte das Institut, das Maximum sei erreicht. Auch das hat sich als richtig erwiesen. — Das Lohnproblem ist, damit wandte sich der Vortragende wieder seinem eigentlichen Thema zu, keine konjunkturpolitische Frage. Das Lohnproblem ist ein strukturpolitisches Problem, ein Problem der volkswirtschaftlichen Organisation. — Nun ist von Amerika her dieses Problem ins Bewußtsein der Menschheit getreten. Die Formel ist: hohe Löhne bei sinkenden Preisen und steigender Produktion. Kann Europa daselbe Rezept befolgen? Es wäre sehr verlockend. Aber Amerika hat vergleichsweise sehr große Bodenschätze, ein geringes Arbeitsangebot, einen durch die Kriegsgewinne gesteigerten Kapitalüberfluß. Die Arbeit ist gering an Zahl gegenüber dem Kapital: das gibt der Arbeit eine natürliche Ueberlegenheit. Die amerikanische Lohnpolitik hat dahin geführt, daß das Einkommen der großen Volksmassen sich immer einheitlicher ausgebildet hat. Das hat zu einer Einheitlichkeit des Verbrauches geführt, zu einer Vergrößerung der Märkte, zur Massenproduktion und einer darauf sich aufbauenden Rationalisierung. — Wie kann Deutschland, wie kann Europa die rationelle Produktion aufbauen ohne das den Amerikanern zur Verfügung stehende Kapital? Es kommt sicher nicht auf die technischen, sondern auch auf die wirtschaftspolitischen Methoden an. — Der Redner erinnerte zum Schluß an ein Wort von Konfusius. Er sagte, es gibt drei Wege zur Vollkommenheit. Den ersten der Nachahmung. Dieser Weg ist der bequemste, aber man kann leicht auf ihm straucheln. Der zweite, bittere Weg ist der der Erfahrung. Er ist gefährlich; er kostet Zeit; auf ihm wird man nur langsam zu dem gewünschten

Ziel kommen. Der dritte Weg ist der des Nachdenkens. Er ist der Weg des konstruktiven schöpferischen Geistes. Aber der Geisteskampf wird bei uns zurzeit mit stumpfen Waffen geführt.

Als erster Diskussionsredner sprach Eggert vom Bundesvorstand:

Wenn die deutsche Wirtschaft bereits zu 50 Proz. an Preise gebunden ist, so werden logischerweise auch die übrigen Faktoren, wenn auch zunächst noch widerstrebend, in den Bannkreis der Bindung hineingezogen. Der Lohn ist ganz etwas anderes für den Preis, für die Gestehungskosten, ob wir uns in einer primitiven oder hochentwickelten Wirtschaft befinden. In der hochentwickelten Wirtschaft sinkt der Lohnanteil am Produkt. Im Handwerk war er viel höher als in der betriebswissenschaftlich höchst entwickelten Wirtschaft. Demgegenüber muß die Bedeutung des Lohnanteiles für die Konjunkturschwankung sinken. Er wird aber eine große volkswirtschaftliche Bedeutung für den Konsum bekommen. Die Gewerkschaften müssen daher, ein wenig abgewandt den wissenschaftlichen Erwägungen, ihren Weg um Erhöhung der Löhne gehen. Bei aller Anerkennung der Wissenschaft und des Konjunkturinstituts, bleibt es Aufgabe der Gewerkschaften, einen möglichst hohen Lebensstandard in der Konjunktur wie in der Depression für die Arbeiter zu sichern. Eine Konjunkturschwankung kann sich in einem Lande mit hoher Lebenshaltung nicht so katastrophal auswirken, wie in einem Lande wie Deutschland. Der bekannte amerikanische Wirtschaftsführer Filene hat vor einem Jahre erklärt, auf die heranschleichende Wirtschaftskrise müsse die amerikanische Wirtschaft mit Erhöhung der Löhne und Steigerung der Produktion antworten. Es ist nicht mehr so, daß wir auf Wirtschaftskrisen mit Abbau der Löhne antworten dürfen.

Carnow (Holzarbeiterverband): Prof. Wagemann ist Diagnostiker am Krankenbett der Wirtschaft, aber der behandelnde Arzt ist der Wirtschaftspolitiker. Selbstverständlich können nicht mechanisch Löhne erhöht oder gesenkt werden. Gewiß, in der völlig freien Wirtschaft hätten Konjunkturschwankungen nicht eintreten können. Sie hat es freilich nie gegeben. Der menschliche Einfluß auf die Gestaltung der Wirtschaft ist immer da gewesen. Es hat eine konjunkturlose Wirtschaft in der kapitalistischen Ära nie gegeben. Die liberale Theorie paßt nicht auf die kapitalistische Entwicklung. Die Produktion ist schneller gewachsen als die Absatzmöglichkeiten. Darauf ist der expansive Imperialismus zurückzuführen. Das Problem des Kapitalismus ist, die gesteigerte Produktivität richtig anzuwenden. Die frühere Methode, neue Absatzländer zu erschließen, ist nach dem Kriege nicht mehr anwendbar. Wir erleben eine rückläufige Kolonisationsbewegung. Wir müssen daher die Lösung des Problems innerhalb der nationalen Grenzen finden. Prof. Wagemann sprach von der Bedeutung der Beweglichkeit der Löhne. Ins Praktische überseht, bedeutet Beweglichkeit der Löhne für die Gegenseite des sozialen Kampfes Zerschlagung der Tariflöhne, da angeblich nur mit sinkenden Löhnen die Gestehungskosten gesenkt werden können. Entscheidend ist aber, daß die Gestehungskosten durch sinkende Löhne gar nicht entsprechend der Senkung der Löhne gesenkt werden können. Die sichere Wirkung einer solchen Aktion wäre bei gleichbleibenden Preisen eine Senkung der Kaufkraft, damit der Absatzmöglichkeit und der Produktion. In einer stark mit fixem Kapital durchsetzten Wirtschaft ist die Senkung der Löhne notwendig mit einem Ausfall an Kaufkraft verknüpft. Die Unternehmer sagen, die Gewerkschaften vergessen die Kapitalarmut der Wirtschaft. Die deutsche Wirtschaft ist auf eine Vergrößerung der Kapitaldecke angewiesen, sie arbeitet tatsächlich in weitem Umfang mit Anleihen des Auslandes. Ein Weg scheint zu sein: Einschränkung des Verbrauchs, um Kapital zu sparen. Die wirtschaftlichen Zusammenhänge verbieten, dieses Rezept anzuwenden. Es ist schwierig, festzustellen, was an Kapital heute erspart werden kann. Die Berichte der Sparkassen weisen auf eine schnellere Spartätigkeit als in der Vorkriegszeit hin. Indessen das große Kapital wird gespart in der Industrie selbst. Man weiß nur, daß in einer Reihe von Industrien sehr viel Gewinne erzielt und zur Erweiterung der Produktionsanlagen verwendet werden. Die Aktienkurse steigen, sie scheinen aber nicht entfernt den wirklichen Wertzuwachs zu repräsentieren. Trotzdem reicht die Kapitaldecke nicht aus, Ersparnisse an Kapital können scheinbar gemacht werden, aber es verschwindet, d. h. es wird vernichtet in falschen Anlagen. Ein Beispiel liefert die deutsche Kalkindustrie. Ihre Absatzmöglichkeit hat sich seit der Vorkriegszeit nicht wesentlich vergrößert. Aber die Zahl der Werke hatte sich vermehrt. Das Kapital war jedoch nicht größer geworden. Die Rente nicht gestiegen. Infolgedessen hat man die Zahl der Kalkwerke von 205 (1921) auf 43 beschränkt, welche die gleiche Produktion aufbringen. Eine Milliarde ist auf diese Weise dem Ver-

brauch entzogen worden. Tatsächlich wird in allen Industriezweigen überkapitalisiert. Das zeigt z. B. die Maschinenbau-Industrie. 1926 waren die vorhandenen Anlagen zu 51 Proz. ausgenutzt, 1927, in der Hochkonjunktur, betrug die Ausnutzung 64 Proz. Jede Möglichkeit, Kapital zu bekommen, wird benutzt, um mehr Kapital zu investieren. Es kommt aber darauf an, wie es verwandt wird. Wir haben ein sehr einfaches Argument, das nicht entwertet werden kann. Der Sinn der Wirtschaft ist die Versorgung der Menschen mit dem, was sie notwendig gebrauchen. Eine Maschine, die nicht leistet, was sie soll, muß so konstruiert werden, daß sie es leistet. Diese Forderung muß auch an die Wirtschaft gerichtet werden. Die Arbeitsleistung auf den Kopf des Arbeiters ist auf vielen Gebieten gewaltig gestiegen. Mit den anderen Faktoren zusammen ohne Zweifel eine gewaltige Steigerung der wirtschaftlichen Produktivität. Daher müssen wir verlangen, daß sich — gerade auch im kapitalistischen Interesse — diese Produktivität auswirkt. Die Forderung nach höherem Lohn ist nur eines der Mittel zu diesem Zweck. Wir befinden uns in einem Uebergangsstadium. Der Weg führt, wie auch Prof. Wagemann sagte, zu einer gebundenen Wirtschaft. Die Alternative lautet: Entweder zurück zur alten freien Wirtschaft oder vorwärts zur gebundenen Wirtschaft. Die Entscheidung steht nicht im Belieben der Menschen. Sie ist zwangsläufig gegeben. Wir haben auf dem Hamburger Gewerkschaftskongreß die Ansicht, daß diese Entscheidung unausweichlich bestimmt sei durch unsere Forderung nach Demokratisierung der Wirtschaft, klar zum Ausdruck gebracht.

Brandes (Metallarbeiterverband): Unsere sozialistische Auffassung fördert einen vollen Anteil am Produktionsertrag. Wenn wir diese Auffassung praktisch vertreten, dienen wir der Wirtschaft. Wir haben vorläufig Einfluß nur auf die Gestaltung der Löhne. Diesen Einfluß müssen wir nachdrücklich zur Geltung bringen. In vielen Teilen der Metallindustrie ist die Produktionskapazität viel stärker gestiegen als die Ausnutzungsmöglichkeit, nicht nur in der Maschinenindustrie. Der Metallarbeiterverband wird auch in dieser Zeit versuchen, der Wirtschaft Dienste zu leisten.

In seinem Schlußwort betonte Prof. Wagemann noch einmal, daß es auch seine Auffassung sei, daß wir der gebundenen Wirtschaft zusteuern. Eine Beseitigung der tariflichen Bindungen ist undenkbar. Wenn er von stumpfen Waffen gesprochen habe, die im Geisteskampf angewandt würden, so habe er damit die Wissenschaft in erster Linie treffen wollen. Auf die viel zu allgemeinen Argumente, die die Wissenschaft verwendet, z. B. Prof. Schumpeter, wollte er hinweisen mit seinen Ausführungen. Es kommt darauf an, zu differenzieren, sowohl in der räumlichen wie in der zeitlichen Behandlung der Löhne. Die Wissenschaft kann das Lohnproblem heute nicht eindeutig beantworten. Sie kann z. B. das richtige Verhältnis von Produktionsmittel- und Verbrauchsgütererzeugung nicht feststellen. Die Wirtschaftspolitik ist völlig zersplittert, es fehlt eine planmäßige Zentralisierung der verantwortlichen Instanzen. Dazu gehört auch die enge Zusammenarbeit des Instituts für Konjunkturforschung mit den Gewerkschaften.

Bernhard (Baugewerksbund) erklärte sich seinerseits nicht einverstanden mit dem Gedanken, daß Lohnpolitik reine Wirtschaftspolitik sei. Dem Arbeiter steht nicht nur das notwendige Stück Brot zu, er muß auch am Kulturaufstieg beteiligt werden. Angesichts der starr ablehnenden Einstellung des Unternehmertums bleibt heute nur übrig, die Lohnpolitik als Machtpolitik zu betrachten. Nur starke Gewerkschaften können den wirtschaftsschädlichen Widerstand des Unternehmertums brechen.

Leipart brachte die Aussprache mit folgenden Ausführungen zum Abschluß: Sehr vieles von dem, was Prof. Wagemann gesagt hat, entspricht auch unseren Auffassungen. Die Punkte, in denen wir nicht mit ihm übereinstimmen, sind von den Diskussionsrednern nachdrücklich hervorgehoben worden. Die Aussprache wird auch für ihn wertvolle Anregungen gebracht haben. Kollege Bernhard hat gesagt: Lohnpolitik sei Machtpolitik. Ich muß demgegenüber doch korrigierend feststellen: Lohnpolitik ist Wirtschaftspolitik. Der uns gegenüber von den Unternehmern erhobene Vorwurf, daß wir auf die Notwendigkeiten der Wirtschaft keinerlei Rücksicht nehmen, ist unberechtigt. Unsere Lohnpolitik ist nicht wirtschaftsschädigend, sondern wirtschaftsfördernd. Aber solange die Unternehmer den positiven Sinn der gewerkschaftlichen Lohnpolitik nicht verstehen, ist allerdings unsere Lohnpolitik notwendigerweise auch Machtpolitik. Wir hoffen, daß die von Prof. Wagemann beklagte unzufriedene Einstellung der Wissenschaft einer tieferen und auch für die praktische Wirtschaftsgestaltung bedeutungsvolleren Gedankenarbeit weicht. Wir unsererseits sind jedenfalls zur Zusammenarbeit mit dem Institut für Konjunkturforschung und mit den Kreisen der Wissenschaft bereit.

# Unser Kassenabschluß 1929

Mit nachstehender Abrechnung schließt die Hauptkasse das 4. Quartal 1928 und zugleich das Geschäftsjahr 1928 ab. Das 4. Quartal 1928 unterscheidet sich von den anderen drei Quartalen des gleichen Jahres, weil sich in ihm die Beschlüsse des Kölner Verbandstages auswirken. Einmal erscheinen unter Einnahmen außer den Mitgliederbeiträgen auch die Eintrittsgelder gesondert, während in den vorangegangenen Quartalen die Beitragsmarken in der gleichen Höhe des Wochenbeitrages des neueintretenden Mitgliedes als Eintritt verrechnet und deshalb unter den Mitgliederbeiträgen verschwanden. Weiter ist am 1. Oktober 1928 die Neufassung des § 9 über die Erhöhung der Grundbeiträge in Kraft getreten. Die an diese Erhöhung geknüpften optimistischen Erwartungen sind nicht ganz in Erfüllung gegangen. Dies mag zum Teil auch daran liegen, daß sich in der kurzen Zeit die Neufassung über die Beitragsleistung noch nicht auswirken konnte.

Immerhin weisen die Einnahmen aus den Mitgliederbeiträgen im 4. Quartal 1928 eine um 113 733,— Mk. höhere Summe auf als im 3. Quartal 1928. Zum Teil ist diese Mehreinnahme auf die Steigerung der Mitgliederzahl im Berichtsquartal selbst zurückzuführen. Während im Anfang des Quartals 251 242 buchmäßige Mitglieder gezählt wurden, hatten wir am Ende des 4. Quartals 1928 257 933, das sind 6691 buchmäßige Mitglieder mehr. Eine noch weitergehende Steigerung weisen die zahlenden Mitglieder auf, die von 233 160 am Anfang des Quartals auf 247 629 gestiegen sind, so daß hier also eine Zunahme von 14 469 Mitgliedern zu verzeichnen ist. Diese gewaltige Steigerung der zahlenden Mitglieder ist eine Erscheinung, die sich am Schluß eines jeden Berichtsjahres im 4. Quartal mehr oder weniger bemerkbar macht. So erfreulich diese Steigerung der Mitgliederzahlen an und für sich ist, so verhindert sie im vorliegenden Berichtsquartal die Uebersicht darüber, welche Mehreinnahmen wir aus der Neufassung des § 9 zu erwarten haben. Zwecklos ist die im 4. Quartal 1928 festgestellte Mehreinnahme aus Mitgliederbeiträgen auch auf den Umstand zurückzuführen, daß die Zahl der zahlenden Mitglieder einen verhältnismäßig starken Zuwachs erfahren hat. Das Verhältnis der zahlenden zu den buchmäßigen Mitgliedern beträgt 96 Proz.

Zu den weiteren Einnahmepositionen, wie Einnahmen für unsere Gewerkschaftspresse, Zinsen usw., ist wenig zu sagen. Die dort gegenüber den einzelnen Quartalen auftretenden Unterschiede sind rein zufällig auftretende Erscheinungen, je nachdem, ob die betr. Einnahmen früher oder später eingeht. Das gleiche ist bei den Zinsen der Fall, die in der Regel nach Abschluß des 2. Quartals eine kleinere und beim Jahresabschluß eine größere Steigerung aufweisen gegenüber den vorhergehenden Quartalen. Der durchlaufenden Position „Zurückgesandte Vorschüsse“ steht in gleicher Höhe eine Ausgabe position „Gewährte Vorschüsse“ gegenüber, sie ist also in Wirklichkeit keine Einnahme, sondern eine Rückzahlung der an die Filialen gesandten Vorschüsse.

An die Vermögensverwaltung wurden im 4. Quartal 1928 463 941,92 Mk. überwiesen, insgesamt im Jahre 1928 1 234 372,19 Mk. Von der Vermögensverwaltung hat die Hauptkasse in Form von Mieten 85 212,61 Mk. zurückgehalten, so daß an die Vermögensverwaltung 1 149 159,58 Mk. überführt wurden. Wie vorbemerkte, ist in diesem Einnahmebetrag nur ein Teil der Zinsen für die Vermögensverwaltung enthalten, und zwar die, die von den Zinszahlern statt direkt an die Vermögensverwaltung an die Hauptkasse gezahlt wurden und von dieser natürlich als Einnahme verbucht werden müssen. Ein weiterer Teil der Zinsen geht der Vermögensverwaltung direkt zu, indem die Beträge von den Zinszahlern auf die Bankkonten der Vermögensverwaltung überwiesen werden. Sie erscheinen in der Bilanz der Vermögensverwaltung.

Die Abteilung „Bücher und Schriften“ weist im 4. Quartal 1928 unter Einnahmen eine Steigerung von rund 4000 Mk. auf, das gleiche ist bei den Kalendern der Fall.

Von den Ausgabe-posten weisen die Beträge für Gemeinnützigenunterstützung, sowie Rechtschutz, Arbeitslosenunterstützung und besonders Krankenunterstützung gegenüber den vorangegangenen Quartalen eine bedeutende Steigerung auf. Das gleiche ist bei der Sterbeunterstützung, wenn auch nicht in dem Maße wie bei den anderen Posten der Fall. Insgesamt sind 1 495 837,79 Mark im Jahre 1928 ausgezahlt worden.

Die Beträge für die Agitation und Lohnbewegung durch die Gaudereaus und durch das Hauptbureau direkt weisen keine

große Unterschiede auf, ebensowenig die Ausgaben für den Stellennachweis. Einen Rückgang von über 60 000 Mk. verzeichnet gegenüber dem 3. Quartal 1928 die Ausgabe für Teilnahme an Konferenzen, und zwar deshalb, weil im 3. Quartal 1928 die Ausgaben für unseren Verbandstag in Köln erschienen.

Beiträge an den A.D.G.B., an den A.D.B. und die Internationale halten sich die Wage mit den Ausgaben für den gleichen Zweck im 2. Quartal 1928. Die Ausgaben sind im 2. und 4. Quartal höher als in den beiden anderen Quartalen, weil in diesen beiden Quartalen die Beiträge, die halb-jährlich an die Internationale gezahlt werden, erscheinen.

Die Ausgaben für unsere Presse bewegen sich in gleicher Höhe wie im vorigen Quartal, während die Beträge für Unterrichts-kurse und Bildungsmittel gegenüber dem 3. Quartal wohl einen Rückgang aufweisen, der dadurch verursacht wird, daß im 3. Quartal 1928 der einmalige Zuschuß für den Bau der Bundes-schule in Bernau mitenthalten ist. Verglichen mit dem 1. und 2. Quartal 1928 ist aber ebenfalls eine Steigerung festzustellen.

Eine gewaltige Steigerung von nahezu 50 000 Mk. hat die Abteilung Bücher und Schriften zu verzeichnen. Diese ist darauf zurückzuführen, daß wir eine ganze Anzahl befehrender Schriften zur Abgabe an unsere Kollegen in die Abteilung neu aufgenommen haben.

In den Posten „Persönliche Verwaltungskosten“, „Gehälter und Sitzungsgelder“ sind keine sehr großen Schwankungen zu verzeichnen. Gegenüber dem 3. Quartal 1928 ist für das Material für die Filialen eine Steigerung festzustellen, besonders verursacht durch den Neudruck verschiedener für die Filialen notwendiger Bestimmungen und Materialien.

Unter Außerachtlassung des übernommenen Bestandes und der genannten durchlaufenden Beträge, also „Vorschüsse“ und an die „Vermögensverwaltung“ ergibt sich bei einem Vergleich der Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben des Jahres 1928 mit denen des Jahres 1927 folgendes Bild:

Wir hatten im Jahre 1927 eine Nettoeinnahme von 4 524 778 Mk. und im Jahre 1928 von 5 666 245 Mk., das ist also eine Mehreinnahme von 1 141 467 Mk.

Nach dem gleichen Modus berechnet betragen die Ausgaben im Jahre 1927 3 156 390 Mk. und im Jahre 1928 4 201 186 Mk., so daß die Mehrausgabe 1 044 795 Mk. beträgt. Die Mehreinnahme übersteigt also die Mehrausgabe um nur 96 672 Mk.

Der Zuwachs der Vermögensverwaltung betrug im Jahre 1928 1 149 159,58 Mk.

Mit den in den Vorjahren bereits überwiesenen 3 227 886,22 Mk. verfügt die Vermögensverwaltung über einen Bestand von 4 337 045,80 Mk. Dieser Bestand ist in der Vermögensverwaltung nachzuweisen, dort jedoch nicht nur in barer Geld vorhanden, sondern auch zu einem erheblichen Teil in Immobilien und sonstigen Werten.

Mit den Kassenbeständen der Filialen, die mit 1 810 167,95 Mk. einzusetzen sind, und mit dem Kassenbestand der Hauptkasse in Höhe von 1 911 255,18 Mk. verfügt der Verband über ein Vermögen von 8 098 468,93 Mk.

Im Vorjahr betrug das Vermögen in den drei genannten Stellen 6 056 873,56 Mk. Es ist also in diesem Jahr eine Gesamtsteigerung von 2 041 595,37 Mk. eingetreten, mit der wir in Anbetracht der großen Leistungen, die der Verband in dem verfloffenen Jahr vollbringen mußte, zufrieden sein können. Die Pro-Kopf-Quote weist eine Steigerung von 4,80 Mk. in der gleichen Zeit auf. Sie betrug am Anfang des Jahres 27,90 Mk. und am Ende 1928 32,70 Mk.

## Mitgliederbewegung im Jahre 1928

	Buchmäßige Mitglieder				Zahlende Mitglieder				Die zahlenden Mitglieder ergeben an Proz. der buchmäßigen Mitglieder	
	zu Beginn des Quartals	zu Ende des Quartals	Zunahme	Abnahme	zu Beginn des Quartals	zu Ende des Quartals	Zunahme	Abnahme		
1. Quartal	229 698	236 989	7 291	—	219 814	218 600	—	1 214	92,24	
2. Quartal	236 989	245 155	8 166	—	218 600	228 304	9 704	—	93,12	
3. Quartal	245 155	251 242	6 087	—	228 304	233 101	4 856	—	92,80	
4. Quartal	251 242	257 933	6 691	—	233 160	247 629	14 469	—	96,00	
	Gesamtzunahme 28 235 Mitglieder				Gesamtzunahme 27 815 Mitglieder				Im Durchschnitt	93,54 Proz.
	= 12,29 Prozent				= 12,65 Prozent					

### Einnahmen und Ausgaben

Sortierte Nr.	Wirtschaftsbezirke bzw. Gaue	Zahl der Mitglieder				Einnahmen														
		in diesem Quartal	im vorigen Quartal	mehr	weniger	Bestand bei der letzten Abrechnung		Eintrittsgebühren		Beiträge		Extra Steuern		Sonstige Einnahmen		Vorschuß der Hauptkasse		Summe der Einnahmen		
						M	A	M	A	M	A	M	A	M	A	M	A	M	A	M
1	Baden																			
2	Karlsruhe	8804	8634	170	—	47048	57	139	50	93673	20	6585	90	2086	51	—	—	149533	68	
3	Eingen	1002	990	12	—	8249	81	25	—	8063	90	571	85	146	35	—	—	17056	91	
4	Banern																			
5	München	9927	9736	171	—	88576	13	312	70	82011	85	4856	55	1283	98	350	—	177441	21	
6	Nürnberg	7167	7039	78	—	58204	81	163	—	68783	63	2958	13	955	09	—	—	131154	70	
7	Brandenburg	9215	8906	312	—	33343	66	384	—	68408	45	2192	53	671	15	—	—	104599	76	
8	Groß-Berlin	38055	36547	1508	—	337933	38	1295	—	419044	40	—	—	293	50	—	—	761218	28	
9	Hamburg	26633	25853	780	—	33106	47	806	50	322166	95	2215	15	8233	11	—	—	70524	18	
10	Hannover	7418	7203	209	—	32701	44	273	53	62631	—	1071	80	346	70	—	—	97624	44	
11	Mitteldeutschland																			
12	Saarlautern	3951	3926	25	—	11386	68	72	20	30690	25	1857	30	273	18	—	—	44281	61	
13	Magdeburg	9657	9445	212	—	28065	49	227	40	73642	10	9320	60	1651	55	200	—	113607	05	
14	Hildesheim																			
15	Bremen	6332	6238	94	—	38413	31	208	—	56412	15	8519	45	317	53	150	—	103520	50	
16	Westfalen	3267	3136	101	—	817	74	93	—	24173	70	2733	65	563	75	—	—	36362	64	
17	Schleswig-Holstein	4632	4499	133	—	21703	87	193	—	39463	55	2913	80	259	78	—	—	60477	—	
18	Ostpreußen	12232	11875	357	—	31017	—	506	50	92083	25	3615	80	4727	02	150	—	131804	62	
19	Pommern																			
20	Reiberg	1836	1783	53	—	4251	33	44	50	12019	70	148	80	66	45	—	—	17080	78	
21	Stettin	4687	4510	177	—	8257	93	100	—	27724	70	3172	03	201	31	650	—	40433	99	
22	Rheinland	10236	10067	169	—	41278	19	426	60	94147	50	693	43	2088	72	—	—	14434	41	
23	Rhein-Pfalz	18283	17619	670	—	12030	76	411	—	169281	10	15805	15	3633	58	—	—	33091	59	
24	Rheinprovinz-Saarland	5890	5843	47	—	17915	93	60	20	33547	55	1102	60	268	82	—	—	52181	16	
25	Sachsen																			
26	Dresden	13888	13399	489	11	77996	60	339	20	111982	55	6463	23	2229	22	21	22	199032	04	
27	Leipzig	7938	7936	2	—	31904	81	211	50	70381	20	6238	03	437	64	—	—	10233	20	
28	Südwestfalen	7483	7061	422	80	51406	77	204	—	7806	55	5283	20	514	30	—	—	131303	82	
29	Schlesien	13005	12656	349	—	53118	07	603	70	109023	50	7303	15	450	08	200	—	109701	50	
30	Thüringen	6494	6373	121	—	22212	25	184	70	52673	40	4243	05	300	03	130	17	8014	66	
31	Westfalen	15063	15296	233	—	80776	13	749	50	141038	50	16490	63	376	27	23032	10	262483	70	
32	Württemberg	6524	6357	167	—	48360	17	198	10	64319	30	963	70	664	47	—	—	11451	84	
33	Einzelmitglieder	141	150	9	—	—	—	3	60	749	25	—	—	—	—	—	—	772	85	
Im 4. Quartal 1928		257933	251242	6791	100	1677810	87	8350	40	2404177	20	123514	55	35331	81	24883	49	4276.98	32	
Im 3. Quartal 1928		251242	245155	6093	6	1477471	25	—	—	2236571	—	116580	75	29757	70	10955	—	3871345	70	

### Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben

1. Quartal	236989	229698	7291	—	—	—	—	—	—	1920965	70	90465	55	32168	73	3989	59	247569	57	
2. Quartal	245155	236939	8166	—	—	—	—	—	—	207048	30	100111	—	22731	99	112395	—	2318316	29	
3. Quartal	251242	245155	6087	—	—	—	—	—	—	2236571	—	116580	75	29767	70	10355	—	2393574	45	
4. Quartal	257933	251242	6691	—	—	—	—	8350	40	2404177	20	123514	55	35931	81	24883	49	2599374	45	
Summa	—	—	28235	—	—	—	—	8350	40	8638762	20	438671	85	120630	23	15223	08	9358617	76	
Hierzu der Stellenbestand vom 31. Dezember 1927																			1233631	41
Gesamtsumme																			10592249	17

## Der Konflikt in der Elektrizitätswirtschaft

In der Handels-Zeitung des „D. L.“ verbreitet sich Dr. Adolf Wolff über den herrschenden Konflikt in der Elektrizitätswirtschaft, wobei er u. a. folgende Betrachtungen anstellt:

Als vor etwa einem Jahre der „norddeutsche Elektrofrieden“ zwischen den Elektrowerken des Reiches, der Preussischen Elektrizitäts-Akt.-Ges. (Preag) und dem großen westdeutschen Elektrizitätswerk, dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk (R. W. E.), abgeschlossen wurde und ein fast zweijähriger erbitterter Kampf zwischen diesen drei Elektrogroßmächten sein Ende fand, schien durch die Abgrenzung der Versorgungsgebiete und Interessensphären eine tragfähige Plattform für die organisatorische Weiterentwicklung der Elektrowirtschaft geschaffen zu sein. Man durfte damals erwarten, daß die mühevoll bereinigte der zahlreichen Einzelstreitpunkte auch den Weg freimachen würde zu einer friedlichen Gemeinschaftsarbeit bei solchen Aufgaben, die nicht innerhalb der einzelnen demarkierten Versorgungsgebiete zu bewältigen waren. Der elektrowirtschaftliche Generalplan für Deutschland, dessen Aufstellung der Reichs-Elektrizitäts-Beirat wohl gefordert, aber nicht gefördert hatte, mußte entworfen werden, und es hätte der Öffentlichkeit Bewunderung abgenötigt, wenn die Elektrogroßmächte Nord-, West- und Süddeutschlands in freiwilliger, autonomer Zusammenarbeit an diese große Aufgabe herangegangen wären und damit bewiesen hätten, daß sie die oft kritisierte behördliche Bevormundung entbehren können.

Reichs-Elektra und R. W. E. Statt einer konstruktiven Gemeinschaftsarbeit sieht die Öffentlichkeit aber lediglich eine rein formal-organisatorische Initiative, sie sieht, wie Prestige- und Eifersuchtsfragen sich erneut in den Vordergrund drängen und wie statt der Hingabe an die Sache der alte Kampf um die Macht wieder auflebt und wie ein neuer Kampf um die Quote in der Dachorganisation für die deutsche Elektrizitätsversorgung verschärfend hinzutritt. Mit der Gründung dieser Dachgesellschaft, der

Akt.-Ges. für deutsche Elektrizitätswirtschaft (Reichs-Elektra), wurde die Öffentlichkeit im Mai 1928 überrascht. Als ihr Zweck wurde die Zusammenfassung der deutschen Energieversorgungsgebiete für die Lösung gemeinschaftlicher Aufgaben bezeichnet; ihre Gründer waren die Elektrowerke, die Preag und das Bayernwerk. Zwar versicherte das Gründungs-Kommuniqué, daß „der Beitritt weiterer Energieversorgungsgebiete zu der Gesellschaft offengehalten ist“, aber ungeachtet dieser einladenden Worte war es nicht begreiflich, warum man den festen organisatorischen Rahmen einer Aktiengesellschaft (wenn auch mit einem formalen Kapital von nur 1 Million Mark) bereits zusammenfügte, ohne vorher einen schlechthin unentbehrlichen Partner, das R. W. E., in die Gründung einbezogen zu haben. Es wäre nicht nur sachlich, sondern auch psychologisch richtiger gewesen, bis zum Beitritt des R. W. E. einfach ein loses Studien-Komitee zu bilden, und es kann nicht wundernehmen, daß das R. W. E. — überrascht von der neugebildeten Einheitsfront der Reichs- und Staatsunternehmungen, mit denen es wenige Wochen vorher Freundschaftsverträge ausgetauscht hatte, — dem Geiste des norddeutschen Elektrofriedens nicht traute und sich isoliert fühlte.

Seitdem haben sich die Dinge ständig weiter verschärft. Die Reichs-Elektra hat nichts oder nicht viel getan, um den entstandenen Konflikt aus der Welt zu schaffen, sie hat nicht einmal wirksame Maßnahmen getroffen, um ihn auf das R. W. E. zu lokalisieren. Jenes dagegen hat seinen ganzen wirtschaftlichen und politischen Einfluß aufgeboten, um seine Machtposition gegenüber den in der Reichs-Elektra vereinigten Kräften zu verstärken. Hatte man das R. W. E. mit der Gründung der Reichs-Elektra überrascht, so konnte das R. W. E. seinerseits vor wenigen Wochen mit der nicht minder überraschenden Gründung der Westdeutschen Elektrizitätswirtschaft Akt.-Ges. aufwarten, in der es seine ganze west- und süddeutsche Gefolgschaft vereinigte, vor allem die Der-

Im 4. Quartal 1928

Table with columns: Ausgaben (Berwaltung, Mgtation, Lohnbewegung, etc.) and Nur Kosten der Hauptkasse wurden gezahlt (Arbeitslosenunterstützung, Krankenunterstützung, etc.).

Summary rows for the 4th quarter 1928, showing totals for various categories.

für das Geschäftsjahr 1928

Summary table for the fiscal year 1928, including a note: 'Hierzu der Kassenbestand vom 31. Dezember 1928' and 'Gesamtsumme'.

einigten Elektrizitätswerke Westfalen (D. E. W.), die zwar vorher einen Aufnahmeantrag an die Reichs-Elektra gerichtet, diesen aber nach bereits erfolgter Genehmigung wieder zurückgezogen hatten. Ein wesentlicher Unterschied zwischen der Konstruktion der Reichs-Elektra und der westdeutschen Gründung besteht offensichtlich darin, daß die Zusammensetzung der Reichsgesellschaft das Prinzip der Kollegialität verkörpert, während die in dem Westblock zusammengeschlossenen Gesellschaften unter der Souveränität des R. W. E. stehen. Besonders unerfreulich ist, daß das R. W. E. in der Westgesellschaft nicht etwa nur Großunternehmungen der Versorgung vereinigt hat, sondern auch Gesellschaften von mehr lokaler Bedeutung, die nun, gestützt auf die Macht des R. W. E., mit einer recht hohen Quote in die Reichs-Elektra einziehen möchten, während das R. W. E. wiederum das Ziel verfolgt, den westdeutschen Block als Holdinggesellschaft für die künftigen Reichs-Elektraquoten der westdeutschen Gesellschaften auszugestalten und durch die Beherrschung der im Block gebundenen Quoten seine eigene Position in der Reichs-Elektra zu stärken. So liegen die wirklichen Zusammenhänge, und an dieser Beurteilung kann auch der von den D. E. W. an den „Deutschen Volkswirt“ gerichtete Brief nichts ändern. In der allerletzten Entwicklungsphase wird der Kampf auf württembergischem Gebiete ausgetragen. Dort ist eine kleinere Verteilungsgesellschaft, an der der württembergische Staat beteiligt ist, zur Westgruppe übergegangen, während ein anderes größeres Leitungsunternehmen, an dem ebenfalls das Land Württemberg beteiligt ist, sich der Reichs-Elektra angeschlossen hat. Dieser Gang der Dinge steht in einem grotesken Widerspruch zu der von den kämpfenden Parteien propagierten Vereinheitlichung der deutschen Energiewirtschaftsgebiete und könnte fast komisch genommen werden, wenn man nicht befürchten müßte, daß durch solche etwas operettenhaften Episoden die deutsche Energiewirtschaft ernstliche Nachteile erfahren kann. Schon jetzt fordert man in Württemberg, daß sich die dortigen kommunalen

Werke „nach dem Vorbilde Westfalens in eine Dachgesellschaft“ zusammenzuschließen, und wenn die Dinge so weitergehen, so wird man sich bei den energiewirtschaftlichen Vereinheitlichungsbestrebungen in ein völlig sinnloses Durcheinander hineinorganisieren. Der Run auf die Alpen. Von konstruktiver Arbeit ist also bisher weder bei der Reichs-Elektra noch bei der Westgruppe etwas zu spüren. Beide Organisationen führen eine Art Gespensterdasein. Aber die technischen und wirtschaftlichen Kräfte, vor allem der den einzelnen Versorgungsunternehmen innewohnende Expansionsdrang, warten nicht ab, bis die Organisations- und Quotenkämpfe ihr Ende gefunden haben. Diese Kräfte suchen sich neue Betätigungsmöglichkeiten nach eigenem Gutdünken und ohne Rücksicht darauf, ob die einzelnen in Angriff genommenen Projekte eine Vereinheitlichung der Elektrizitätsversorgung fördern oder nicht. Ausgehend von der Erwägung, daß der deutsche Strombedarf noch im Wachsen begriffen ist, suchen die einzelnen Gruppen neue Energiequellen zu erschließen und von den neuen Produktionsstätten aus Verbindungen mit den großen Konjunktionsgebieten herzustellen. Umfangreiche Bauprogramme sind teils schon begonnen, teils beschlossen worden: Das R. W. E. beginnt die Schweizer Wasserkräfte im Kanton Aargau zu erschließen und läßt durch die ihm nahestehenden württembergischen und Schweizer Gesellschaften die Wasserkräfte des Rheins weiter ausbauen. Durch seine württembergischen Konzerngesellschaften greift es nach Dorarlberg über und läßt auch dort in großem Stil Anlagen zur Ausnutzung von Wasserkraft errichten. Ueber bayerische Stützpunkte sucht es sich einen Teil der Tiroler Wasserkräfte zu sichern und befindet sich hierbei in einem Konflikt mit dem Lande Bayern, das für seine Vermittlerstellung zwischen weißer und schwarzer Kohle fürchtet. Bayern wiederum sucht gleichzeitig an der Erschließung von Wasserkraften in der Steiermark teilzunehmen und als letzter in dem „Run auf die Alpen“ ist seit einiger Zeit die A. E. G. mit einem großen, aber noch reichlich nebelhaften Tauernprojekt beteiligt.

**Abrechnung der Hauptkasse vom 4. Quartal 1928**

**Einnahmen.**

Bestand der Hauptkasse vom 3. Quartal 1928.....	1 921 546,95
Mitgliederbeiträge .....	1 511 252,04
Eintrittsgelder .....	8 350,40
Unsere Gewerkschaftspresse.....	8 385,36
Zinsen.....	28 361,66
Zurückgezahlte Vorkäufe .....	24 883,49
Beiträge zur Unterstützungsvereinigung.....	22 241,32
Vermögensverwaltung.....	28 405,26
Bücher und Schriften.....	9 805,52
Kalender.....	10 801,20
Sonstige Einnahmen .....	5 985,15
<b>Summe</b> .....	<b>3 580 018,35</b>

**Ausgaben.**

Streikunterstützung .....	14 777,93
Gemahregeltenunterstützung .....	28 694,40
Rechtsschutz .....	18 294,74
Arbeitslosenunterstützung .....	78 530,49
Krankenunterstützung .....	225 710,64
Sterbeunterstützung .....	57 869,70
Agitation durch die Gaubureaus.....	117 603,86
Lohnbewegung .....	79 450,—
Agitation durch das Hauptbureau.....	13 721,42
Lohnbewegung .....	6 583,65
Stellennachweis .....	2 008,20
Teilnahme an Konferenzen.....	32 039,14
Beitrag an A.D.G.B., A.D.B. und Internationale.....	22 191,12
Unsere Gewerkschaftspresse.....	162 869,30
Unterrichtskurse und Bildungsmittel.....	65 113,63
Literatur .....	1 817,42
Bücher und Schriften.....	59 277,14
Inventory .....	7 840,50
Vorkäufe an die Filialen.....	24 883,49
An die Vermögensverwaltung .....	463 941,92
An die Unterstützungsvereinigung .....	25 982,24
<b>Persönliche Verwaltungskosten:</b>	
Gehälter .....	45 180,70
Sitzungsgelder .....	1 045,75
Versicherungsbeiträge .....	8 709,02
<b>Sächliche Verwaltungskosten:</b>	
Drucksachen .....	10 279,20
Bureaumaterialien .....	1 482,55
Materialien für die Filialen.....	169 110,88
Porto .....	12 412,29
Miete, Reinigung, Heizung, Beleuchtung.....	8 446,47
Sonstige Ausgaben .....	2 895,38
<b>Summe</b> .....	<b>1 668 763,17</b>

**Abschluss:**

Einnahme einschließlich Bestand vom 3. Quartal 1928	3 580 018,35
Ausgabe .....	1 668 763,17
<b>Bleibt Bestand</b>	<b>1 911 255,18</b>

Berlin, den 20. März 1929.

A. d. Ruppert, Hauptkassierer.

Revidiert und für richtig befunden:  
Bruno Otto, Albert Kocke, Richard Raumann,  
Revisoren.

**Abrechnung der Hauptkasse über das Geschäftsjahr 1928**

Einnahmen	1. Quartal		2. Quartal		3. Quartal		4. Quartal		Gesamt		
	fl.	sch.	fl.	sch.	fl.	sch.	fl.	sch.	fl.	sch.	
Mitgliederbeiträge .....	1205885	49	1308058	67	1397518	62	1511252	04	5417714	82	
Eintrittsgelder .....	—	—	—	—	—	—	83	40	835	40	
„Gewerkschaft“ usw. ....	15977	9	5839	57	11	36	23	8385	30	41.89	
Zinsen.....	295	70	9101	94	12151	71	283	16	58911	01	
Zurückgezahlte Vorkäufe .....	3959	59	11240	—	10955	—	24883	49	152203	08	
Beiträge zur Unterstützungs-vereinigung.....	16813	78	16675	93	19152	43	22241	32	74883	51	
Vermögensverwaltung.....	15116	18	19550	32	2840	95	28405	26	85212	61	
Bücher und Schriften .....	5	39	54	7	56	3	97	9805	52	25926	
Kalender.....	3367	25	88	8	143	10	108	1	1490	35	
Sonstige Einnahmen .....	6338	13	6271	30	567	102	5985	15	2426	60	
<b>Summe</b> .....	<b>1282593</b>	<b>64</b>	<b>1478458</b>	<b>72</b>	<b>1484137</b>	<b>03</b>	<b>165847</b>	<b>40</b>	<b>590366</b>	<b>79</b>	
Sierzu Bestand vom 4. Quartal 1927										1525355	93
										<b>74.9016</b>	<b>72</b>

Ausgaben	1. Quartal		2. Quartal		3. Quartal		4. Quartal		Gesamt	
	fl.	sch.								
Streikunterstützung .....	5667	15	120805	86	1521	—	14777	93	142771	94
Gemahregeltenunterstützung .....	2044	—	466	135	11772	10	28694	40	4717	85
Rechtsschutz .....	7155	01	7122	08	56	9	61	18	94	74
Arbeitslosenunterstützung .....	68	69	24661	72	30731	54	78530	49	201993	74
Krankenunterstützung .....	23725	19	195576	43	180669	31	225710	64	855681	57
Sterbeunterstützung .....	50675	85	50204	10	49228	60	57869	70	208	38
Agitat. durch die Gaubureaus.....	103164	44	112953	70	11248	47	117603	86	444	70
Lohnbewegung durch die Gaubureaus.....	75500	—	75000	—	72825	—	79450	—	302775	—
Agitation durch das Hauptbureau.....	9768	80	9219	18	11535	16	13721	42	44244	56
Lohnbewegung durch das Hauptbureau.....	11809	10	2755	80	3594	—	6583	65	2474	55
Stellennachweis .....	1760	45	1981	95	2045	20	2008	20	7795	80
Teilnahme an Konferenzen .....	28772	17	12335	89	107147	10	32039	14	180294	30
Beitrag an A.D.G.B., A.D.B. und Internationale .....	12527	—	25720	75	12333	90	22191	12	73772	77
„Gewerkschaft“ usw. ....	139477	94	64782	85	167946	10	162869	30	635076	19
Unterrichtskurse u. Bildungsmittel.....	45529	57	56273	26	130850	46	65113	63	297766	92
Literatur .....	10	7	3749	08	1275	45	1817	42	7869	22
Bücher und Schriften .....	15118	01	14773	52	11358	62	59277	14	1005	7
Inventory .....	5688	15	2591	25	949	85	7840	50	25612	5
Vorkäufe an die Filialen.....	3969	59	112395	—	10955	—	24883	49	152203	08
An die Vermögensverwaltung .....	297631	17	67861	76	40437	34	463941	92	1234372	19
An die Unterstützungsvereinigung .....	21936	74	21873	95	23325	54	25982	24	93118	47
<b>Persönliche Verwaltungskosten:</b>										
Gehälter .....	26308	45	27810	—	34338	—	45180	70	133637	15
Sitzungsgelder .....	455	—	267	—	542	40	1045	75	2310	15
Versicherungsbeiträge .....	4061	19	3646	75	5959	70	87	9	22376	66
<b>Sächliche Verwaltungskosten:</b>										
Drucksachen .....	10900	59	989	37	8590	36	10279	21	39660	52
Bureaumaterialien .....	2671	90	1164	25	522	85	1482	55	5841	55
Materialien für die Filialen.....	35972	72	48020	15	35912	45	69110	88	1890	6
Porto .....	8348	54	8934	79	9965	90	12412	29	39661	52
Miete, Reinigung, Heizung u. Beleuchtung .....	8606	84	5516	15	10245	21	8446	4	32514	67
Sonstige Ausgaben .....	676	63	495	26	396	50	2895	38	4463	77
<b>Summe</b> .....	<b>1259019</b>	<b>45</b>	<b>1193043</b>	<b>20</b>	<b>1466935</b>	<b>72</b>	<b>1668763</b>	<b>17</b>	<b>5587761</b>	<b>54</b>

**Abschluss:**

Einnahme einschl. Bestand	7 499 016,72 Mkt.
Ausgabe .....	5 587 761,54 „
<b>Gesamtvermögen der Hauptkasse</b>	<b>1 911 255,18 Mkt.</b>

Berlin, den 20. März 1929.

A. d. Ruppert, Hauptkassierer.

Revidiert und für richtig befunden:  
Bruno Otto, Albert Kocke, Richard Raumann,  
Revisoren.

**Gesamt-Einnahmen und -Ausgaben für das Geschäftsjahr 1928**

(Filialen und Hauptkasse)

**Einnahmen:**

Einnahme der Filialen.....	9 358 617,76 Mkt.
Hiervon an die Hauptkasse 5 426 065,22 „ , verbleiben 3 932 552,54 Mkt.	
Einnahme der Hauptkasse.....	5 903 660,79 „
<b>Summa</b> .....	<b>9 836 213,33 Mkt.</b>

**Ausgaben:**

Ausgabe der Filialen.....	8 782 081,22 Mkt.
Hiervon an die Hauptkasse 5 426 065,22 „ , verbleiben 3 356 016,— Mkt.	
Ausgabe der Hauptkasse.....	4 353 389,35 „
<b>Summa</b> .....	<b>7 709 405,35 Mkt.</b>

**Abschluss:**

Gesamteinnahme .....	9 836 213,33 Mkt.
Gesamtausgabe .....	7 709 405,35 „
<b>Mehreinnahme</b> .....	<b>2 126 807,98 Mkt.</b>

**Vermögensnachweis am Jahreschluss:**

Kassenbestände der Filialen .....	1 810 167,95 Mkt.
Kassenbestand der Hauptkasse .....	1 911 255,18 „
Bestand in der Vermögensverwaltung .....	4 377 045,80 „
<b>Gesamtvermögen</b> .....	<b>8 098 468,93 Mkt.</b>

# Soziales Wandern

In der „Urania“ schreibt Kurt Stechert in mehreren Artikeln über das soziale Wandern, denen wir folgende Ausführungen entnehmen:

Nun bist du, Straße, aufgestoßen, Du hast mich zu den Namenlosen  
Ein Tor, das in die Ferne führt, Und Unbekannten hingeführt. —



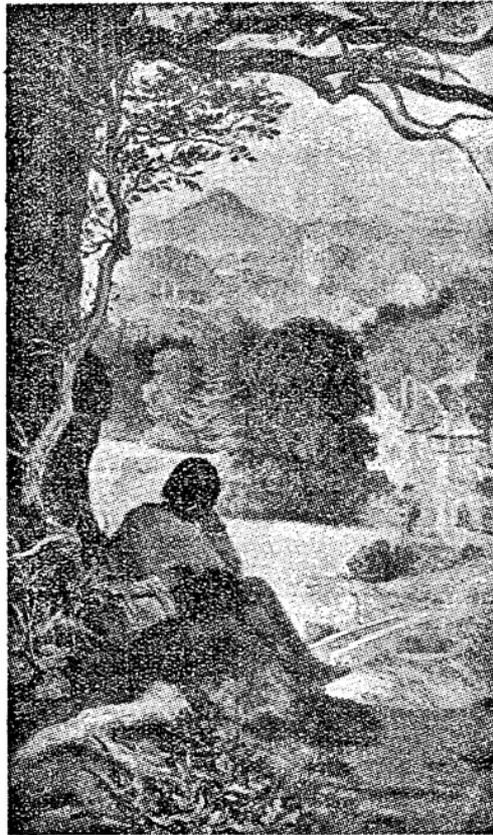
Die große Lust des ruhigen, aber auch des wilden Erlebens, die Freude am Schauen und die Sehnsucht, Menschen anderer Länder kennen und verstehen zu lernen, sprengte den Steinpanzer der Großstadt auch bei unserem Dichter M. Barckel, den das neue Erlebnis der Landstraße zu diesem Vers anregte. — Auch er ging zu den Namenlosen und Unbekannten, ging unter sie, nicht aber in ihnen unter. Er erlebte die Namenlosen und Unbekannten und stand dennoch immer über ihnen. Das konnte er vielleicht auch darum nur wie so viele, die das Leben an einer Quelle, wie sie die Landstraße ist, verstehen lernen wollen, weil er selbstbewußt, mit Interessen, die auf höherer Ebene lagen, durch das Tor, das in die Ferne führt, ging. —

Unendlich viele aber, die dieses Tor passieren, passieren es unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse. Sie müssen die Landstraße bevölkern. Die Stadt ernährt sie nicht mehr, und in soziologisch-ökonomischen Dingen kurzfristig, wie der mangelhaft geschulte Proletarier ist, glaubt er in einem ferneren Land sein Glück zu finden. Dieser Glaube ist so alt wie die Menschheit und trotz aller Erfahrungen hofft der Schwache immer wieder. Oft mit hohen Erwartungen geht der gehegte Mensch durch das Tor, das in die Ferne führt. —

Ehr das Glück liegt ferner als die Ferne, in die die Straße führt, und der einsam Wandernde ahnt bald sein Unglück. Seine Lage erscheint ihm durch seine hohen Erwartungen und die darauffolgende Enttäuschung um so trostloser. Die Not zwingt zum Betteln. Morgens, mittags, abends.



Verboten!



M. v. Schwind Raft auf der Wanderschaft

Heute, morgen, übermorgen. Im Frühling, im Sommer, im Herbst und im Winter. E-w-i-g! Mehr und mehr ermüdet die Seele. Ein drückendes Gefühl lastet auf ihr. — Walze ist ja nach dem ehemals waltenden Drechslergesellen August Bebel der Kunstausdruck für das Wandern. Das Wort Walze wurde fast für alle jungen Menschen einmal bedeutungsvoll. Daran knüpft sich Abenteuerlust und Wanderdrang, Schaulust und jugendlicher Uebermut. Nicht selten auch poli-

terisches Interesse. Im Mittelalter aber, und auch noch bis in den Frühkapitalismus hinein, war der ureigene Sinn der Walze: Das Vollenden im Handwerk. Der gal. als ein elend feiger Tropf und ein unbrauchbarer Gefelle, der nicht, nachdem er angelernt hatte, seinen „Berliner“ umhing und auf die Walze ging.

Es läßt sich schon sehr gut denken, daß nicht jeder freudig in die Fremde zog, denn es ist wirklich nicht jedermanns Sache. So kann man sich denn auch unter einem Wandenden einen schwerfällig dahintrottenden Handwerksburschen vorstellen, der sich müde und plump wie eine „Walze“ von Ort zu Ort auf der Landstraße entlangschleppte. Dagegen mögen auch viele gewesen sein, die lustig und fidel auf die Walze zogen. Ein alter „Kagenkopf“ (alte Bezeichnung für Schlosser) erzählte einmal, daß er in seiner freudigen Stimmung vor der Walze lauter „Feiertage“ (Verzierungen) in die Schraubenmuttern einfeilte. Vor dem Abwalzen mußte dann natürlich erst eine Lage „Halbpfund“ (Schnaps) gegeben werden. Dann bekam der junge „Trittkling“ noch einige „Muttergroßchen“ (Anfangskapital) und trat seine Walze als „Grasteufel“ (Anfänger) an. „Das Handwerk hat goldenen Boden“, sagten Frau Meisterin und Herr Meister noch zum Abschied, ... und nun behüt dich Gott!

So stand der arme Grasteufel nun allein in der Fremde. Ach, wie oft möge es da Tränen gegeben haben. Sehnsüchtig dachte man zurück. Gewiß, die Lehrzeit war oft schaurig, aber die Frau Meisterin hatte doch ein gutes Herz. Und jetzt? Aber allmählich findet man sich, wie überall, auch hier zurecht. Dazu kommt noch ein zweiter junger Trittkling, und der „Zünftige“ freut sich, das

Zeichen seiner Zunft an der Brust eines anderen auch prangen zu sehen. In jedem „Raft“ suchten die Grasteufel nun Arbeit, aber überall lagen die „alten Feger auf der Bude“. Das war meist peinlich, denn die wenigen Muttergroßchen waren bald aufgebraucht.

Allzulange darf man auch nicht ohne Arbeit sein, denn die Meister stellen nicht gern solche ein, die schon lange Zeit auf der Walze waren. Ueber ihre traurige Situation mußten sich die beiden Trittklinge dann hinwegtäuschen und sie sangen:

„Alleweil fidel, fidel, fidel, Traurig sein kann ich nicht bei meiner Seel.“

Nun, und wenns an Geld fehlte, dann wurde eben gefochten. Das war ja, wenn es Handwerksburschen taten, niemals ein Verbrechen. Zwar gab es mancher-



Abwärts ..

orts Stadtgeschenke, gewöhnlich von sechs Kreuzern, durch die das Fechten vermieden werden sollte, doch war damit zu schlecht auskommen. Selbstverständlich hat man die sechs Kreuzer überall — Bebel besonders von sich sagte es: gewissenhaft kassiert. Doch mußte man außerdem noch fechten gehen, wenn der Magen und der „Berliner“ (Bündel in Form einer Riesenwurst) leer waren. Dabei gab es natürlich oft ein Gaudium. Der „Puß“ (Schußmann) war immer stark hinter den Walzbrüdern her, und man mußte vorsichtig sein im „Kass“, um nicht ins „Zuckerhäuß“ (Gefängnis) geschleppt zu werden.

Da können wir denn schon verstehen, warum sich die Handwerksburschen ein eigenes Gebet zusammenschmiebeten und beteten:

„Mein Gott, nun ist wieder Morgen,  
Nun geht das Fechten wieder an,  
Der liebe Gott mög dafür sorgen,  
Daß uns kein Puß erwischen kann.“

Man hatte ja auch mit vielen Gewalten zu ringen. Mächte man „Bankarbeit“ (schleif draußen), bestand die Gefahr des „Fleppens“, und war das Wanderbuch nicht in Schuß, dann war die Sache brenzlich. So dürfen wir es Bebel und den vielen anderen Handwerksburschen eigentlich nicht verargen, daß sie in Ermangelung von Parteien und Gewerkschaften dem „Katholischen Gesellenverein“ beitraten, wo sie ja doch neben vielen Vorteilen auch noch den hatten, den heiligen Joseph als den Schutzpatron der katholischen Gesellenvereine in Not anrufen zu dürfen. Ob es geschah, ist allerdings schwer zu ermitteln.

Die erfahrenen und lebenslänglichen Walzbrüder, „Kometen“ genannt, brauchten freilich keinen Schutzpatron mehr, denn das waren so gerissene „Patrone“, die sich selbst zu schützen wußten. Die waren Fachleute auf dem Gebiet des „Schmalmachens“ und fürchteten keinen „Konstabler“ mehr. In der Schenke oder in der „Herberge zur Heimat“ waren sie die Löwen der Gesellschaft, und alles starrte ehrfürchtig auf sie, wenn sie ihre Erleb-

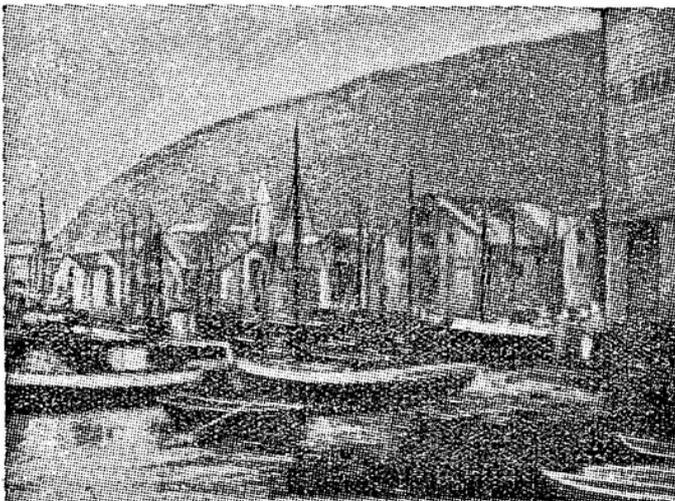
stehen Bilder vor unserm geistigen Auge. Wie lächerlich klein und rückständig erscheint uns noch alles, was geschildert wird, und wir können uns eines leisen Lächelns nicht erwehren. — So also war das Walzen damals. —

Und jetzt? Das Kleinhandwerk des Mittelalters ist ganz erheblich im Schwinden. Hier und dort hält sich noch ein selbständiger „Krauter“ durch übermäßig lange Arbeitszeit und Familienarbeit. — Im großen gesehen ist das patriarchalische Kleinhandwerk von der zentralisierten Massenproduktion des Kapitalismus überwunden. An allem Gewerbe frißt der Wurm. Die Familie ist nicht nur als Produktionsstätte zerfallen, sondern auch als Lebensgemeinschaft vor Probleme gestellt. Die Berufsausbildung ist heute einseitiger und zum Teil gar überflüssig geworden. Die Stadt wuchs nicht nur in die Breite, sie schritt auch in die Höhe. Wuchtige Fabrikgebäude ragen empor, mächtige Schloten speien Rauch und Feuer. — Die Preßluftschämmer poltern, die Kräne surren, und Ozeanriesen durchwühlen das Meer. — Bau türmt sich auf Bau, die elektrischen Bahnen poltern über und unter der Erde entlang, nehmen sich Klüften und Höhen spielend und fressen sich durch Felsen und Hindernisse hindurch, im raschen Dahinsausen den Siegeszug der Technik symbolisierend. —

Trotz aller fortschreitenden Technik aber haben sich noch einige Reste des junstmäßigen „Walzens“ erhalten. So z. B. bei den Zimmerern. Aber hier hat man vom Endstadium zu reden. — Die kapitalistische Produktionsweise hat aber andererseits dazu beigetragen, die Landstraße neu zu bevölkern. Massen wälzen sich, durch die planlose Wirtschaftsführung überflüssig geworden, auf den Landstraßen einer ferneren Stadt zu, in der Hoffnung, dort ein besseres Dasein zu finden. Wirtschaftskrise bedeutet zu-

gleich auch Arbeitslosigkeit, und ein Teil des Heeres der Arbeitslosen bildet — wie M. Barthel richtig sagt: das „laufende Band“. Hier hat auch die Dagabundage den Ursprung, die ein soziales Problem bedeutet.

— Die fortschreitende Industrialisierung hat ferner das Entstehen einer regen Jugend- und Wanderbewegung gefördert. In den Reihen dieser Jugend sind es nicht wenige, die sich charakterfest und mutig genug fühlen, unter erheblichen Opfern an Bequemlichkeiten der „Walze“ einen neuen Sinn zu geben. Diese Jugend, international im Denken, will auch einmal international im Handeln sein, und zieht in die Welt. Vielen war es nur so möglich, großen internationalen Ereignissen und Feiern beizuwohnen (Sportfeste in Wien, Prag, Jugendtag in Amsterdam usw.). So verbinden sie oft recht gut die Arbeitslosigkeit mit dem zielbewußten Walzen. — Der Beruf kann wohl mal nützlich sein, verlassen kann sich aber der „modern wälzende“ Handwerker nicht mehr darauf. Da ist's denn Musik und Gelegenheitsarbeit, was über Wasser hält. Nur der gewerkschaftlich Organisierte

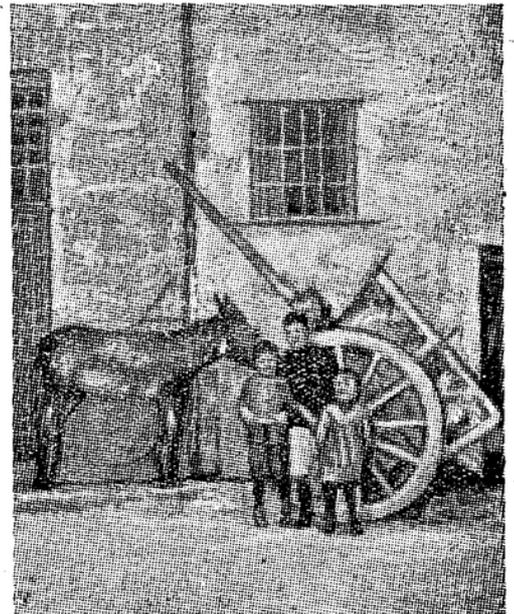


Hammerwerk

nisse berichteten. Ganz besonders aber die jungen Grastuschel. Oh, das muß oft ein Leben gewesen sein. Da sah man so in einer Stadt, wie es etwa Berlin vor hundert Jahren war, in den mondlichtüberfluteten Gassen und sah den verliebten Kägen zu. Von der Ferne her hörte man den melodischen Klang des Posthorns. Und dann kam der Nachtwächter mit Spieß und Lanze und blies in sein Horn: „Hört ihr Leute, laßt euch sagen...“ —

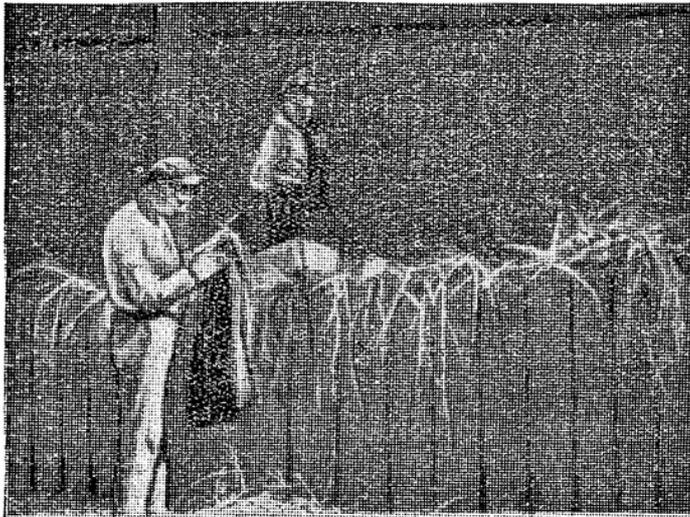
Wie ein Traum erscheint uns das heute. Und doch, so war es. Wir können manches mitunter noch von den Alten hören, die dieses von ihren Vätern erzählt bekamen.

Und während wir traumverloren den Alten lauschten, er-



Paterno. Gemalter und geschnitzter Bauernkarren

findet in den Gewerkschaften eine Stütze. Zweifellos fördert auch diese so scheinbar unbedeutende internationale Beziehung den Gedanken der Solidarität. In der Geschichte der Arbeiterbewegung hat ja der Handwerksburschenkommunismus (Weitling) im gewissen Sinne seinen Platz zu beanspruchen.



Fretquartier

Gewiß, das Walzen im ureigenen Sinne ist ausgestorben. Heute walzt zwar die Jugend noch, abgesehen von den Dagabunden, den unvergänglichen „Kunden“, doch diese Jugend walzt unter völlig anderen Umständen, mit anderem Zweck und anderem Ziel. Trotz alledem hat sich das „Landstraßenlexikon“ erhalten und erweitert. Flehben, Kaff, Plattereißer, Puz und wie die Ausdrücke der „Tippologie“ alle heißen mögen, sind so üblich wie ehedem. Auch heute noch gilt es, auf den Puz zu achten, um nicht „verschütt“ zu gehen. Hier und dort wird aber ein schlicht wandernder Mensch, wenn er sich, so gut es unterwegs geht, sauber hält, freundliche Aufnahme finden, und es wird sich ihm Gelegenheit zur Beschäftigung von Betrieben, Heimen, sozialen Einrichtungen usw. bieten. Freilich muß man da auch mal „Student“ sein können, und warum soll der, der sich lieber mit einem Studenten, statt mit einem Handwerksburschen unterhält, nicht seinen Wunsch erfüllt bekommen? Andernfalls muß man aber auch den Mut haben, sich gelegentlich mal in ein niederes Milieu zu begeben und sich als Gleicher unter ihnen zu bewegen, wenn man in sie eindringen will. — Jugendherbergen in Deutschland und einigen Nachbarländern haben ja die „Herberge zur Heimat“ für den modern walzenden, d. h. für den schlicht wandernden, interessierten Menschen überflüssig gemacht. Das vermindert die Gefahr des Herabsinkens in das ziellose Dagabundieren sehr wesentlich.

Zwischen dem Walzen von einst und jetzt liegt eine Zeit mächtiger Aufwärtsentwicklung. Heute ertönt nicht mehr, wenn man in den Städten verweilt, das Posthorn. Heute heult die

Sirene. Der Postwagen hat seine Pflicht getan, und heute fährt nicht selten auch der Handwerksbursche manche Strecke sorgenlos im gepolsterten Luxusauto. Vorausgesetzt, er macht einen ver-



Machzen

trauensvollen Eindruck. Ja, auch der Handwerksbursche „modernisiert“ sich.

Trotzdem gibt es noch manchen Dagabunden alten Kalibers. Und eine Gesellschaft, die den Menschen neue Horizonte eröffnet, wird die Zahl der umherschweifenden, zum Betteln gezwungenen Menschen, die naturnotwendig einer moralischen Korruption verfallen müssen, durch die wirtschaftliche Sicherstellung vermindern müssen. Ganz entvölkern aber werden wir die Landstraße sicher nicht. Es scheint, als folgte der einen Generation die andere. Die Landstreicher zeugen nicht, und sind dennoch unvergänglich, nagen als die ewig unvergänglichen am Leib der menschlichen Gesellschaft. Sie sind beides, fluchwürdig und bedauernswert. Ernsthaft drängt sich uns die Frage auf ... und nicht zu heilen?



Wetter

Ziellos, zeitlos und wie der Wind ihn treibt, stromert der Dagabund in die Weltgeschichte hinein und nennt diese Art des „Wanderns“ zur moralischen Entlastung: Freiheit. Wer aber ewig getrieben wird, lernt nie das Treiben; wer ewig geführt wird, lernt nie, sich selbst ein Führer zu sein. Keine täglich neue Zielsetzung kennt der Dagabund, keine Gipfel, keine Höhe, um die er ringt. Nie stemmt er sich gegen den Strom, immer ist er Spielzeug der Elemente. — Ziellos, zeitlos, richtungslos zu wandern ist der erste Schritt zur Dagabundage, der erste Schritt ins Verderben. Mögen es Literaten umschwärmen, mögen sie es „Freiheit“ nennen, es bleibt dennoch dasjenige, was sklavisch macht. Der freie Mensch ist ewig im Werden, hat stets neue Ziele, neue Pläne. Darum ist das Zeitlose, Ziel- und Richtungslose der Dagabund und seine Welt.

## Wandern will gelernt sein!

### Wegzeichen und Signale.

Wer rechter Junge war und in der Großstadt aufwuchs, kennt das Spiel „Pfeiljäger“. Das ist so: Ein Trupp Jungens geht voraus und durch verschiedene Straßen kreuz und quer. Der Rest folgt nach und findet seine Kameraden an den Kreidepfeilen, die diese an Hausecken und Pfosten angebracht haben. Als Straßenjungen konnten wir ganze Nachmittage mit dem Spiel verbringen. Findet die Spur.

Die Fahrten unserer Jungen und Mädels sollen Lehrstunden sein. Aber sie sollen Stunden der heißen Freude am Spüren und

Finden geheimer Zeichen und Signale werden. Wir haben unsere eigenen Zeichen, mittels derer wir uns im Gelände zurechtfinden und verständigen. Wegzeichen sind es, die jeder Junge, jedes Mädels lernen kann. Sehr einfach schauen sie aus. Lernt sie und dann braucht sie auf euren Fahrten:

Diese Wegzeichen macht mit Kreide auf Pfosten und Baumstümpfe, kratzt sie in den Erdboden, legt sie aus Zweigen am Weg zurecht, nehmt auch Gras und Steine dazu. Eure Nachfolger werden sie schon zu deuten wissen. Verabredet bestenfalls auch ein Abteilungszeichen am Pfeil; denn diese Zeichen werden recht viel

gebraucht; ein Kreis, Dreieck oder Winkel. Solche Wegzeichen helfen uns auf den Fahrten viel. Haben wir einen Genossen verloren, so machen wir von dem Ort an, wo er zuletzt mit uns zusammen war, Wegzeichen, und er kann uns folgen.



„Gutes Wasser in der Richtung!“

schärft die Augen; denn nun muß jeder der Spieler scharf auf alle Zeichen auf dem Boden achten. Er wird notfalls die Fußspuren zu Hilfe nehmen. Im Wald sieht er an frisch geknauten Zweigen, wo seine Vorgänger waren. Verwischt die Spur der Wegzeichen dadurch, daß ihr (im Sommer natürlich) durch einen Bach wadet und erst eine Strecke weiter unten wieder an Land geht. Dasselbe Spiel können wir auch in der Stadt spielen. Der Führer kommt am Abteilungsabend eine halbe Stunde früher ins Heim und hinterläßt die Zeichen. Dann läuft er etwa eine halbe oder eine Viertelstunde weit weg, und die ankommende Abteilung hat die Aufgabe, ihn nach den Bodenzeichen aufzuspüren.

Außer den Wegzeichen gebrauchen wir noch eine Reihe von andern Zeichen, um uns miteinander zu verständigen. Zeichen, die sich im Lauf der Zeit schon so eingebürgert haben, daß kaum einer noch daran denkt. Mehrmaliges Auf- und Abbewegen der Faust bedeutet „Lauf schnell zu“. Achtet auf die Zuschauer beim Schlagballspiel: „Zieh, die Läufe“. Der gestreckte Arm mit der aufwärts gehobenen flachen Hand: „Halt“. Beide Arme von unten seitwärts nach oben geführt, heißt „Sammeln, kommt alle her“. Denkt an die Rangierer bei der Bahn. — Manche Abteilungen lernen auch Pfeifensignale nach dem Morsealphabet. Mindestens aber sollte jeder eine Pfeife bei sich tragen, damit er seine Kameraden im Fall der Not sofort herbeirufen kann. Ein Signal aber haben wir alle und darauf hört jeder von uns: Das internationale Signal der Arbeiter: „Nicht zählen wir den Feind“, aus dem Lied „Wohlan, wer Recht und Wahrheit achtet“ hier aber sind in erster Linie Pfeifensignale weniger musikalischen Charakters gemeint. Sie haben den Vorzug, daß sie einfach und praktisch sind. Morsezeichen können gepfiffen, gewinkt, geblinkt und durch Rauch gegeben werden. Kurzer Pfiff = Punkt; langer Pfiff = Strich; kurzer Lichtklick = Punkt; langer Schein = Strich; Winken vom Kopf herunter bis zum Bein (Halbkreis) = Strich; vom Kopf bis zur Schulterhöhe (Viertelkreis) = Punkt, stets aber mit gestrecktem Arm. Man kann mit Fähnchen, mit der Jacke, mit dem Taschentuch usw. gut winken.



„Spuren“

Bestimmte Signale sollte jeder kennen. So das internationale Notsignal SOS — Save our souls (Rettet unsere Seelen) —, das gebraucht wird, wenn ein Schiff in Seenot ist. Wenn die Abteilungen je ein Abteilungs-signal haben, ist es bei großen Treffen leicht, die Trupps zusammenzuholen. Wenn die Abteilung sich verirrt hat, sie ist im Wald verstreut, so findet sie sich mittels ihres Signals zusammen. Spielt: Die Ab-

teilung sucht ein hügeliges Gelände, teilt sich und signalisiert. Große Entfernungen werden spielend leicht überwunden. Wir schreien uns nicht mehr die Kehle wund, sondern lautlos durch Winken holen wir unsere Kameraden aus der Ferne herbei. Ihr seid von euren Leuten durch einen Sumpf oder See getrennt. Schnell

die Signalpfeifen heraus und das Anrufzeichen . . . . . gegeben, und schon tönt von drüben die Antwort —, langer, kurzer, langer Pfiff. Das ist k, heißt also „kommt“. Das Morse beginnt und jeder blickt gespannt hinüber, was die uns zu berichten haben von ihrem Kundschaf-tergang. So können wir uns leicht und ohne Schwierigkeit auf große Entfernungen verständigen und — es macht Spaß.



„Friedel“

Das ist es, was bei all den wandertechnischen Dingen beachtet werden soll: Spaß muß es machen und darf nicht zur Langeweile führen. Darum Abwechslung. Stellen wir Aufgaben. Ein Trupp wird ausgesandt, um ein Gelände zu erkunden, und wir warten, bis er auf jenem Berg erschleimt und Signale gibt. Die Abteilung besteht eine lange Wegstrecke von vielleicht 4 Kilometer, und der erste gibt eine Reihe von Signalen durch; die Kontrolle der richtigen Weitergabe hat der letzte Mann, der am Schluß des Spieles die Sätze so, wie er sie empfangen hat, wiedergibt.

Bei all diesen Dingen heißt es scharf aufpassen, sich konzentrieren und gewandt sein im Auffassen. Blizschnell muß jedes Signal erfasst sein, so daß mit der Zeit jegliches Nachschlagen in der Tabelle überflüssig wird. Der Wert der Morsezeichen wie auch der Wegzeichen liegt in der Schulung der Aufmerksamkeit, der Beobachtungsgabe und vor allem auch in der Belebung der Fahrten. Hauptsache aber bleibt: Nicht nur Morse, nicht nur Spüren, sondern alles vereinen und so allmählich ein Meister der Beobachtung zu werden, sich jederzeit zurechtfinden können.



„Ich bin heimgegangen“

Wegzeichen.

- ➔ Der einfache Pfeil bedeutet „Folgt dem Weg“.
- ✕ Das Kreuz am Wege sagt „Geht nicht diesen Weg“.
- ⊙ Der Kreis mit dem Punkt darin kündigt „Wir sind heimgegangen“.
- ⊠ Das Rechteck mit der 10 darin befiehlt „Warte hier 10 Minuten“.
- ➔➔ Der Rhombus mit dem Pfeil und einer Zahl im Innern verrät „Gehe 6 (4, 3, 8) Schritte in Pfeilrichtung, dort liegt Botschaft“.
- ➔➔ Der Pfeilkreis mit den Wellenlinien darin zeigt uns die Richtung, in der wir Wasser finden.
- ➔➔➔ Drei Winkel ineinandergeschachtelt geben dir die Sicherheit, daß hier keine Gefahr ist.
- ➔➔➔ Dieselben Winkel in Gegenüberstellung von zweien zu einem sagen aber „Achtung, vorsichtig sein“.
- ☎ Grasbüschel: Findest du auf deinem Wege einen in die Erde gesteckten Stab mit einem Grasbüschel daran, so heißt das „Achte auf Zeichen“.
- ➔➔➔ Die drei Bänder am Zeltwimpel unterrichten dich, daß der Führer in drei Stunden zurück ist.

# Grundsätzliches vom Genossenschaftswesen

## IX.

Genossenschaft ist gegenseitige Hilfe, ist Nächstenhilfe und Nächstenliebe, und in ihr wohnt ethischer Wert. „Einer für alle und alle für einen“, das ist der in der gesamten Genossenschaftsbewegung geltende Grundsatz. Selbstsucht verträgt sich nicht mit dem Genossenschaftsgebanken, dem Gedanken der Gemeinschaftsarbeit, dem Gedanken der gegenseitigen Hilfe. Die Genossenschaft ist für sich eine sittliche Welt im kleinen, die durch stete, wenn auch langsame Gemeinschaftsarbeit eine neue sittliche Welt überhaupt und eine bessere Gesellschaftsordnung anstrebt. Ihr Band umspannt alle Beteiligten zum gemeinsamen Werk für aller Wohl und darüber hinaus. Sie ist Gemeinschaftsarbeit, die Grundlage, der Nährboden für Freiheit, Gleichheit, Wahrheit, Gerechtigkeit und Brüderlichkeit, ein Erziehungsfaktor in der Umstellung der selbstfüchtigen Geminnung der Menschen zum altruistischen Denken und Fühlen, eine Übungsstätte der gegenseitigen Hilfe, der Selbstverantwortung und Selbstverwaltung.

In der Konsumgenossenschaftsbewegung, einem Glied der gesamten Genossenschaftsbewegung, wohnt nicht minder dieser ethische Wert. Auch ihr gilt der Grundsatz der Solidarität, der gegenseitigen Hilfe. Die Konsumgenossenschaft ist die Verwirklichung des Gedankens der allgemeinen Zusammengehörigkeit. Der Zug der Besonderheit, des selbstfüchtigen Ich, unterliegt dem Zug der Einung für das Interesse, für das Wohl der Gesamtheit. Der Konsumgenossenschaft Grundeinstellung ist altruistisch. Sie verkörpert eine neue sittliche Welt im kleinen und setzt Stein auf Stein an dem Bau einer solchen überhaupt. Sie vereint alle ihre Träger ohne Unterschied der Berufs-, Standes- oder Klassenzugehörigkeit, der konfessionellen oder politischen Ueberzeugung. Sie verbindet alle ohne Rücksicht auf diese Eigenschaften und Ueberzeugungen zu gemeinsamer Arbeit. Solchen äußeren und inneren Sonderheiten gegenüber ist und bleibt die echte Konsumgenossenschaft neutral, trotz z. B. mancher Miesmacher, die sie in den Dienst parteipolitischer Interessen gestellt wünschen. Getreu dem Grundsatz der „Berühmten Achtundzwanzig“ aus Rochdale, daß die Genossenschaft die parteipolitische und konfessionelle Neutralität zu wahren habe, war, ist und bleibt der echten Konsumgenossenschaft die parteipolitische und konfessionelle Neutralität unantastbar. — Diese Neutralität war dem Zentralverband deutscher Konsumvereine stets eine Selbstverständlichkeit, die er immer mit aller Schärfe betonte und vertrat. — Ihr Zweck ist Friedenswerk, ethisch gutes Werk; ihr Symbol der alles umspannende siebenfarbige Friedensbogen. An ihrem Werk sollen alle teilnehmen, denen ihr moralischer Grundsatz der Solidarität heilig ist, die Brüder sein wollen.

Genossenschaft,  
nicht Sekte, nicht Partei,  
man fragt nicht, welchen  
Glaubens jemand sei,  
noch welcher Farbe,  
welcher Richtung, nein:

Ein Friedenswerk  
hoch über den Partei'n!  
Zu einem Zweck und Ziel ver-  
bunden,  
wird, Not, Haß und Hader über-  
wunden.

Die Erzielung wirtschaftlicher Vorteile durch den Gemeinschaftsbetrieb der Konsumgenossenschaft erscheint nur rein materialistisch und läßt, oberflächlich gesehen, die falsche Auffassung aufkommen, die Genossenschaft sei lediglich ein Rückvergütungsapparat. Die Erzielung wirtschaftlicher Vorteile durch die Konsumgenossenschaft ist doch nichts anderes als Erhöhung der Lebenshaltung, Sicherung der wirtschaftlichen Existenz, wirtschaftliche Freiheit, Linderung der Not, Befreiung aus wirtschaftlichem Elend, moralische Hebung, also Nächstenhilfe und Nächstenliebe. Die Abgabe unverfälschter, guter, billiger und vollgewichtiger Bedarfsgüter, worin der wirtschaftliche Nutzen liegt, ist eine sittlich gute wirtschaftliche Handlung. Diese Art der Güterabgabe hatten auch die 28 armen Rochdaler Flanellweber in ihr Programm aufgenommen. Sie hatten ja das sittlich Verwerfliche der Händler und Produzenten erkannt, das sie zwang, sich und alle anderen, die unter der Uebervorteilung durch schlechtes Gewicht, schlechte Qualität und Ueberpreise, unter der Ausbeutung seitens der Händler durch Wucherzinsen litten, von der Last der Profitheißer zu befreien, aber — auch nicht das gleiche Böse zu tun. Eken, um das sittlich Gute zu wahren, ihren Genossen zu dienen, aus dem Geschäftsverkehr mit ihren Mitmenschen keinen Profit zu ziehen, darum beschafften sie ihnen hochwertige, unverfälschte Waren zu angemessenen Preisen.

Liegt nicht eine hohe moralische Note in dem konsumgenossenschaftlichen Grundsatz, diese Bedarfsgüter nur gegen Barzahlung

abzugeben? Gerade in gegenwärtiger Zeit offenbart sich der ethische Wert der Aufhebung der Borgwirtschaft, der Erziehung der Genossen zur Barzahlung durch die Konsumgenossenschaft, in dieser Zeit der „Kredite“. Erfahrungen forderten auch von den Rochdaler Pionieren die Aufstellung auch dieses Grundsatzes der Barzahlung. Mit Recht übernahmen sie ihn in ihr Programm.

Das Borgen ist ein volkswirtschaftliches, moralisches und soziales Uebel. Die Borgwirtschaft hat die Abhängigkeit des Käufers vom Verkäufer im Gefolge. Borgen bewirkt Unfreiheit im Handeln und führt allzuoft zum wirtschaftlichen und sittlichen Ruin so vieler Familien. Und sehen wir genau zu, dann liegt die Sache doch so, daß das durch die Kreditgewährung entstandene Risiko und der Verlust vom Kreditgeber in irgendeiner Weise gedeckt werden, und zwar nicht zugunsten, sondern zu Lasten des Kreditnehmers. Borgen ist nicht Dienst am Verbraucher. Die Konsumgenossenschaft will den Verbrauchern dienen, darum sie die Bedarfsgüter auch nicht auf Borg abgibt. Gerade heute bei noch nicht völliger Gesundung des Wirtschaftslebens, der Unsicherheit der wirtschaftlichen Existenz so vieler, bei dem traurigen Auf und Ab der wirtschaftlichen Konjunktur mit den Begleiterinnen Arbeitsstreckung und Arbeitslosigkeit ist die Barzahlung ein besonderer Halt, nicht gänzlich ins Lumpenproletariat hinabzusinken. Aber nicht nur wirtschaftliche Unsicherheit, sondern auch Mangel an Wirtschaftlichkeit, Selbstdisziplin und Ordnung lassen Haushalte hinabsinken in Schuldknechtschaft und Armut. Der konsumgenossenschaftliche Grundsatz der Barzahlung wirkt hier erzieherisch auf die Haushaltsführung und schützt so vor wirtschaftlicher, moralischer und sittlicher Verwahrlosung.

Die Konsumgenossenschaften wissen, daß es schlimmer ist, einen großen Umfah durch Borgen als einen kleineren durch Barzahlung zu erzielen, und daß das „Pumpen“ ihren Mitgliedern nicht zum Nutzen, wohl aber zum Schaden gereicht. Auch der Zentralverband deutscher Konsumvereine hält darum fest an dem bewährten alten genossenschaftlichen Grundsatz der Barzahlung; er war ihm von jeher eine Notwendigkeit im Dienste für den Konsumenten.

In seiner Programmrede auf dem konstituierenden Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine im Jahre 1903 in Dresden sagte der verstorbene Heinrich Kaufmann u. a.: „Das Borgsystem ist die Quelle aller Uebel wirtschaftlicher Abhängigkeit; die Barzahlung ist die Voraussetzung jeder wirtschaftlichen Freiheit.“ Im Jahre 1926 sagte der 23. ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine folgende wichtige Entscheidung zu dem Grundsatz der Barzahlung:

„Der 23. ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine vom 14. bis 16. Juni 1926 in München verweist auf die schädlichen Folgen, die den Genossenschaften und ihren Mitgliedern durch das Verborgen von Waren erwachsen müssen. Für die Genossenschaften entstehen neben der Erschwerung der Kontrolle der Abgabestellen unvermeidliche Ausfälle und erhöhte Unkosten. Für die Mitglieder sind die Folgen der Borgwirtschaft besonders ernst. Die Möglichkeit, Kredit zu erhalten, verleitet zum Einkauf von unnötigen Waren, die Folge davon ist eine dauernd anschwellende Schuldenlast, aus der es keine Befreiung gibt.“

Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der Genossenschaftsbewegung, durch Wort und Schrift die Mitglieder zur Barzahlung zu erziehen, um ihnen ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit zu sichern.

Durch Selbsthilfeeinrichtungen muß Vorsorge getroffen werden, den Mitgliedern für besondere Notlagen Rücklagen zu schaffen, die es ermöglichen, die Wareneinnahme aus der Genossenschaft auch in Notfällen gegen Barzahlung fortzusetzen. Es wird empfohlen, die Rückvergütung nach Auffüllung des Geschäftsanteils nicht auszuzahlen, sondern jedem Mitgliede als Sparguthaben gutzuschreiben und ihm dadurch ein persönliches Guthaben zu schaffen, das ihm in Notfällen zur Verfügung steht.

Es sind ferner Einrichtungen zu treffen, um die Geldmittel zur Beschaffung des Herbstbedarfs an Kohlen, Kartoffeln oder anderen Bedarfsgütern durch Ausgabe von Sparmarken im voraus anzusammeln, damit auch bei größeren Bezügen die Barzahlung durchgeführt werden kann.

Der Grundsatz der Barzahlung darf nicht nur für die Mitglieder gelten; er muß auch Anwendung finden für den Geschäftsverkehr der Genossenschaften. Es ist für die gesunde Entwicklung der Genossenschaften notwendig, ihre Betriebe nur auf die vorhandenen Mittel einzustellen.

Der Genossenschaftstag verpflichtet die angeschlossenen Genossenschaften:

1. die Abgabe von Waren aller Art an die Mitglieder nur gegen Barzahlung vorzunehmen und Einrichtungen zur Durchführung der Barzahlung in Notfällen zu schaffen;

2. den eigenen Betrieb auf die vorhandenen eigenen Mittel einzustellen.

Genossenschaften, die trotz aller Ermahnung von dem konsumgenossenschaftlichen Grundsatz der Barzahlung abweichen, dürfen nicht auf finanzielle Unterstützung seitens der genossenschaftlichen Zentralen rechnen.“

Die Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine haben ihre Genossen den Grundsatz der Barzahlung stets gelehrt, sie vor dem Borzschrecken gewarnt und damit ihr wirtschaftliches Dasein gestärkt und gefördert. Sie werden auch fernerhin warnen vor allen Versuchen, vor allen Einrichtungen für Kreditgewährung, deren Existenz unbegründet ist und weder im Interesse des einzelnen Konsumenten noch in dem der gesamten Volkswirtschaft liegt — wenn sie auch unter noch so schönen Namen wie „Konsumfinanzierung“, „Gegenseitigkeit“ usw. sich in den „Dienst des Volkes“ stellen wollen.

Die Konsumgenossenschaften sind auch in dieser ihrer Einstellung auf dem richtigen und guten Wege. Der Segen dieser Einstellung der echten Konsumgenossenschaften, nämlich der moralische und wirtschaftliche Nutzen der Barzahlung, ist durch langjährige erfolgreiche Entwicklung bewiesen — und der hohe ethische Wert, die moralische Bedeutung überhaupt der Konsumgenossenschaften nicht minder.

Die Konsumgenossenschaften sind nicht nur von einzelwirtschaftlicher, sozialer und moralischer Bedeutung. Sie dienen nicht nur der Stärkung und Förderung der Hauswirtschaft, der Hebung der sozialen Verhältnisse der Menschen untereinander, der Pflege des Gemeinschaftsfinns, der Erziehung zur Wirtschaftlichkeit, sondern sie sind auch von hoher volkswirtschaftlicher Bedeutung.

Die moderne wirtschaftliche Entwicklung basiert auf freier Konkurrenz der wirtschaftlichen Kräfte. Die profittkapitalistische Wirtschaft strebt zu enger Konzentration zwecks Erreichung gesteigerten Profits und schuf solche profitheischenden Zusammenballungen wirtschaftlicher Kräfte in den Kartellen und Trusts mit ihren Preiskonventionen, ihren Preisbindungen. Sie alle streben zur Monopolstellung und tragen die Tendenz auf Preissteigerung mithin in sich. Die freie Konkurrenz der wirtschaftlichen Kräfte wird durch diese Erscheinungen und Bestrebungen gestört und bedroht.

Ihnen erwächst in den Konsumgenossenschaften ein starker Gegenpol. Alle Auswüchse auf dem Gebiete der Konzentrationsbestrebungen sind in der Wirtschaftssphäre der Konsumgenossenschaften unmöglich. Auch sie wollen Konzentration der Kräfte, Ersparung aller unnötigen Kräfte, welche die Wirtschaft verteuern, aber zum Nutzen der Verbraucher und der Wirtschaft überhaupt, nicht wegen des Kapitalprofites auf Kosten der Konsumenten. Sie dienen den Konsumenten, und darum müssen sie allen die Verbraucher schädigenden wirtschaftlichen Erscheinungen und Bestrebungen entgegengestellt sein. Sie sind schärfste Gegner

des auf Warenverteuern gerichteten Monopolismus wie aller verteuernenden, die Wirtschaft hemmenden und störenden Erscheinungen im Wirtschaftsleben. Die Konsumgenossenschaften sind durch ihre umfassende Eigenproduktion, vor allen Dingen durch ihre Großverkaufsgesellschaft mit ihren Seifenfabriken, ihrer Zündholzfabrikation, ihren Mühlen, ihren Tabakfabriken usw. die Gewähr für nicht preistreibende Kartellierungen auf diesen von ihnen bewirtschafteten Gebieten.

Im unmittelbaren Kampfe gegen die preisverteuernende Wirkung monopolistischer Wirtschaftsgebilde haben die Konsumvereine und ihre Zentralorganisationen bedeutende Erfolge aufzuweisen. Es sei hier vor allen Dingen an den Kampf der Konsumvereine gegen den englischen Seifen-Ring (1906) und den der deutschen Konsumvereine gegen den Markenartikel-Verband (1907/08) erinnert. Aus diesem Kampfe gingen die Konsumvereine siegreich hervor, befreiten nicht nur sich, sondern auch die übrigen Verbraucher vor der Ringdikatur, vor Verteuern durch monopolistische Bindungen. — Und was bedeutet diese antimonopolistische und die Waren verbilligende Tendenz der Konsumgenossenschaften noch mehr? Die Steigerung der Kaufkraft, durch diese erhöhte Absatzmöglichkeit und ferner durch diese Steigerung und Verbesserung der Produktion und erhöhte Arbeitsmöglichkeit.

Der allseitige Kampf des Privathandels gegen die Konsumvereine ist der beste Beweis für die nicht nur einzelwirtschaftliche, sondern auch volkswirtschaftliche Bedeutung der Konsumgenossenschaften. Ein Dorn ist es ihm, daß sogar von Regierungsseite die preisverbilligende Wirkung konsumgenossenschaftlicher Tätigkeit anerkannt wurde. Aber das Gezeter der Konsumvereinsfreier wird nichts daran ändern können, daß in der „Preisabbau“-Sitzung beim ehemaligen Reichskanzler Dr. Lütjehausen am 30. September 1925 von einem Regierungsvertreter erklärt worden ist, daß festgestellt worden sei, daß die Konsumvereine im Durchschnitt 5 Proz. billiger seien als der Handel, und daß die Konsumgenossenschaften auch weiterhin ihren Weg im Dienste und im Interesse für die gesamte Wirtschaft und das gesamte Volk gehen.

Beim Verbraucher liegt die Möglichkeit, und zwar durch die Entnahme aller seiner Bedarfsgüter im Konsumverein, die Stellung der Konsumgenossenschaften in der Volkswirtschaft, nämlich als verbilligende Macht gegenüber der Verteuern durch die überflüssigen wirtschaftlichen Zwischenglieder wie auch die Kartellierung und hiermit als die Produktion vorwärtstreibender und verbessernder Faktor, noch mehr zu stärken. W. L u k a s.

## Wohnungsbedarf und Wohnungsverteilung

Eine dem Wohnungspolitiker willkommenere Ergänzung zu den soeben durch die Presse veröffentlichten Reichsrichtlinien für Wohnungsbau gehen die Ausführungen eines Vertreters des Reichsarbeitsministeriums im 11. Ausschuß (Wohnungsausschuß) des Reichstags über die Ergebnisse der Reichswohnungszählung vom 16. Juni 1925 und über Wohnungsbedarf und Wohnungsverteilung. Der Referent besprach u. a. die bei der Wohnungszählung festgestellte Tatsache, daß einer Bevölkerungszunahme von rund 8 Proz. von 1910 bis 1925 eine Zunahme der Haushaltungen von rund 20 Proz. gegenübersteht. Diese Erscheinung wird erklärt mit der Veränderung im Altersaufbau der Bevölkerung: während die jünger als 15jährigen sich um 18,7 Proz. infolge Rückgangs der Geburtenzahl vermindert haben, ist der Anteil der 15jährigen und älteren um 19,2 Proz. gestiegen. Dementsprechend verminderte sich auch die Kopffzahl je Haushaltung, und zwar von durchschnittlich  $\frac{4}{5}$  Personen in 1910 auf 4 in 1925. Demnach kann auch bei gleichbleibender oder langsam wachsender Bevölkerung eine erhebliche Zunahme der Haushaltungen und damit eine Steigerung des Wohnungsbedarfs eintreten.

Bezeichnend für unsere gegenwärtige Wohnweise ist, daß fast ein Drittel aller Wohngebäude Einfamilienhäuser, ein Fünftel Zweifamilienhäuser, ein weiteres reichliches Fünftel Gebäude mit 3 und 4 Wohnungen sind. In den größeren Gemeinden hat das größere Haus den Vorrang vor dem Kleinhaus. Großhaus und Kleinwohnung treten im Osten des Reichs zahlreicher auf als im Westen. Von den durch die Wohnungszählung 1925 erfaßten 8,7 Millionen Wohnungen sind 48,8 Proz. Kleinwohnungen mit 1—3 Räumen, 43,6 Proz. Mittelwohnungen mit 4—6 Räumen, 7,6 Proz. große Wohnungen mit 7 und mehr Räumen.

In den Großstädten hat jede fünfte, in den Kleinstädten jede achte Wohnung Untermieter. Die Gesamtzahl der Unter-

mieterfamilien in Deutschland betrug zur Zeit der Wohnungszählung 950 000 bis 1 000 000. 47,7 Proz. der Untermieterfamilien bestehen aus drei und mehr Personen. Insgesamt sind in den von der Zählung erfaßten Gemeinden mit 5000 und mehr Einwohnern von je 100 Untermieterfamilien 28 in Klein-, 57 in Mittel- und 15 in Großwohnungen untergebracht. Der Berichterstatter schätzt den tatsächlich dringenden Wohnungsbedarf für die Unterbringung der Untermieterfamilien auf mindestens 500 000—550 000.

Die durchschnittliche Wohndichte schwankt zwischen 3,3 und 5 Bewohnern je Wohnung. In Hamburg entfallen auf jede sechste Wohnung 7 und mehr Bewohner. Im ganzen Reichsgebiete sind schätzungsweise 750 000 Wohnungen mit ungefähr 5 Millionen Bewohnern vorhanden, die stark überbelegt sind. Berichte aus den verschiedensten Gegenden des Reichs zeigen deutlich, daß in den ländlichen Industriebezirken die Überfüllung der Wohnungen — vor allem der Klein- und Kleinstwohnungen — besonders groß ist. Bei den einräumigen Neuwohnungen sind 47,4 Proz., bei den zweiräumigen 16,2 Proz. und bei den dreiräumigen 6,7 Proz. überbelegt. Die kinderreichen Familien leiden am schwersten unter dem Wohnungselend. In München sind 1970 kinderreiche Familien oder mehr als ein Fünftel aller kinderreichen Familien, das sind Familien mit vier und mehr Kindern, in ein- und zweiräumigen Wohnungen untergebracht. Zum großen Teil befinden sich die mit kinderreichen Familien überbelegten Wohnungen auch noch in abbruchreifen Wohnungen der Sanierungsbedürftigen Altstadtviertel. Dabei ist zu beachten, daß in der Nachkriegszeit wieder Wohnungsarten zugelassen wurden, deren dauernde Ausscheidung aus wohnungs- und wohlfahrtspolitischen Gründen und nach den Bestimmungen der neuen Bauordnungen unerlässlich ist. Bei der Wohnungszählung wurden über 27 358 Baracken und Wohnlauben mit 49 489 Woh-

nungen gezählt. Keller- und Dachwohnungen und sogenannte Behelfswohnungen — darunter ausrangierte Eisenbahnwagen — werden nicht nur weiter bewohnt, derartige Wohnstätten wurden sogar wieder neu hergestellt. Der aufgelaufene Rückstand an abbruchreifen Wohnungen wird auf mindestens 300 000 geschätzt, wozu alljährlich neuerdings 30 000 ersatzbedürftige Altwohnungen kommen.

Don den 8,7 Millionen Wohnungen der Gemeinden mit 5000 und mehr Einwohnern befinden sich 878 000 oder 10,1 Proz. im Besitz von Einzelpersonen; aber zwei Drittel davon sind Kleinwohnungen.

Aus der Ueberbelegung der Wohnungen entsteht ebenfalls ein Wohnungsbedarf, der allein durch Neubau befriedigt werden kann. Daneben muß der Wiederinstandsetzung vorhandenen Wohn-

raums erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet werden. Weiter ist daran zu denken, daß das Vorhandensein eines beschriebenen Bestandes an Leerwohnungen die Verteilung und den notwendigen Austausch von Wohnungen erleichtert. Schon ein Leerbestand von 1 Proz. würde jedoch die Errichtung von weiteren 150 000 Wohnungen erfordern. Der Zusatzbedarf, der durch den reinen Zugang von Haushaltungen (Haushaltungsgründungen abzüglich der Haushaltsauflösungen) entsteht, wird für die Zeit von 1927 bis 1930 auf 225 000, 1931 bis 1935 auf 250 000, 1936 bis 1940 auf 190 000 je Jahr beziffert. Für den Ersatz von abbruchreifen Altwohnungen werden weitere 30 000 Wohnungen in Rechnung gestellt. Der Bedarf für Industriebiedlungen wird auf 160 000 und der für landwirtschaftliche Siedlungen auf 15 000 Wohnungen geschätzt.

## Die russische Gewerkschaftsbewegung

Die modernen Arbeitergewerkschaften sind ein Produkt des Kapitalismus. Demzufolge ist die russische Gewerkschaftsbewegung im Verhältnis zu der westeuropäischen jüngeren Datums. Erst nach Aufhebung der Leibeigenschaft (1861) beginnt der Kapitalismus in Rußland sich zu entwickeln. Dieser Prozeß vollzog sich jedoch aus wirtschaftlichen und politischen Gründen außerordentlich langsam. Von einer Arbeiterklasse im westeuropäischen Sinne des Wortes konnte noch Jahrzehnte hindurch keine Rede sein, da der Fabrikarbeiter noch fest mit der Landwirtschaft verbunden war. Er arbeitete nur vorübergehend einige Monate im Jahre in der Fabrik, während sein Hauptberuf immer noch die Landwirtschaft war. Selbst das Vorhandensein der Arbeiterfrage als eines Problems des Kapitals und der Arbeit wurde lange entschieden bestritten. Um diese Periode war die Arbeitnehmererschaft ganz der Willkür des Arbeitgebers ausgesetzt. Die Ausbeutung der Arbeiterklasse kannte damals keine Schranken. Allerdings versuchten die Arbeiter durch Streiks und Aufstände ihre Lage zu bessern. Aber diese Aktionen entstanden und verliefen ganz chaotisch; der Bewegung fehlte die organisatorische Leitung. Kein Wunder, wenn sie in den meisten Fällen zum Mißerfolg verurteilt war. Erst zu Beginn der 90er Jahre wird allmählich, nämlich durch die Sozialdemokratie, deren geheime Gruppen damals in den Industrie- und Universitätsstädten Rußlands verboten waren, eine mehr oder weniger gesunde Planmäßigkeit in den wirtschaftlichen Kampf der Arbeitnehmererschaft hineingebracht. Die Gründung von Gewerkschaften genau so wie sozialistischer Parteien war im zaristischen Rußland streng verboten.

Eine freie Existenzberechtigung erfuhr die russische Gewerkschaftsbewegung erst durch die Revolution des Jahres 1905, als die Arbeitnehmer in der Revolutionsperiode sich eigenmächtig in Gewerkschaften organisierten. Am 17. März 1906 erdient das erste russische Gesetz, wonach Gewerkschaften gegründet werden durften. Das Gesetz brachte dem russischen Arbeiter keineswegs ein vollkommenes Koalitionsrecht. Vielmehr setzte es der Vereinsfreiheit enge Grenzen. Dabei stellte es sich zur merkwürdigen Aufgabe, Harmonie zwischen Kapital und Arbeit zu erzielen. „Die Berufsvereine“, lautete Artikel 1 des Gesetzes, „sollen die wirtschaftlichen Interessen untersuchen und miteinander in Einklang bringen, die Hebung der Arbeitsbedingungen fördern“. Trotz aller Einschränkungen des Gesetzes machte die Gewerkschaftsbewegung große Fortschritte, da die allgemeinen Verhältnisse der Revolutionszeit dafür sehr günstig waren. Die Leistungen der Gewerkschaften um diese Periode faßt der Historiker der russischen Gewerkschaftsbewegung W. Grinewitsch in seinem ausgezeichneten Werk „Die Gewerkschaftsbewegung in Rußland“ (Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, G. m. b. H., Berlin 1927) zutreffend wie folgt zusammen:

„In klammernder Selbstbereitschaft und heldenmütiger Aufopferung, oft vielleicht auch in ausichtslosem Verzweifeln wirkten die Massen des russischen Proletariats in Augenblicken revolutionären Aufschwunges wahre Wunder an Idealismus und Kampfmüt, die ihre europäischen Klassenbrüder mit Staunen und Achtung erfüllten, sie besaßen aber bei weitem nicht die genügende Diszipliniertheit, die organisatorischen Traditionen, ja, wir möchten sagen, die Kultur, die nötig war, um beim Abflauen der revolutionären Welle oder bei wirtschaftlicher Depression die eroberten Positionen zu behaupten oder auch nur die Bedingungen des eben geschlossenen Waffenstillstandes einzuhalten. So vieles von den Gewerkschaften im Laufe der ersten zwei Jahre in dieser Beziehung erreicht wurde, der bedeutendste und der schwierigste Teil der Aufgabe blieb noch zu lösen.“ (S. 93.)

Die Revolution 1905 wurde unterdrückt und es entstand für Rußland eine Zeit der schwarzen Reaktion. Die Gewerkschaften wurden rückwärtslos aufgelöst. Erst nach elf Jahren, als die

Märzrevolution 1917 ausbrach, konnte wieder eine Gewerkschaftsbewegung entstehen. Diese Revolution hat den Gewerkschaften die umfangreichsten Rechte eingeräumt. Während neun Monaten des Bestehens der sogenannten provisorischen Regierungen hat sich die Gewerkschaftsbewegung zu einem mächtigen Faktor entwickelt und große sozialpolitische Errungenschaften erzielt.

Nach sowjetrussischen Angaben zählten die russischen Gewerkschaften am 1. Januar 1927 10 Millionen Mitglieder, im Dezember 1928 11 Millionen Mitglieder. Die Bedeutung dieser Ziffern darf jedoch nicht überschätzt werden. Bei der Beurteilung der russischen Gewerkschaften, wie übrigens jeder sozialen Bewegung, kommt es nicht auf die großen Zahlen, sondern auf das Wesen der Bewegung an. In dieser Hinsicht aber lassen die russischen Gewerkschaften im Verhältnis zu den westeuropäischen sehr viel zu wünschen übrig. Zunächst sei bemerkt, daß die große Zahl der in Gewerkschaften zusammengeschlossenen Arbeiter darauf zurückzuführen ist, daß die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft unbedingte Voraussetzung für den Arbeitnehmer ist, um Beschäftigung zu bekommen. Daher eben sind sämtliche Arbeiter und Angestellte in Gewerkschaften zusammengeschlossen. Ferner sind die russischen Gewerkschaften keine freien selbständigen Organisationen, sondern vollkommen von den leitenden Instanzen der Kommunistischen Partei abhängig. In einer Resolution über die Gewerkschaftsbewegung, die auf dem 14. Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands angenommen worden ist, heißt es wörtlich:

„Die Gewerkschaften sind geschaffen und ausgebaut von unserer Partei. Unter der Leitung der Partei sind sie aufgewachsen und haben ernste Erfolge erreicht. Ihre Errungenschaften und Mißerfolge sind die Errungenschaften und Mißerfolge unserer Partei und der Sowjetgewalt, deren Stütze die Gewerkschaftsverbände bilden. In der Gestalt der Gewerkschaften besitzt die Partei einen mächtigen Apparat, um den kommunistischen Einfluß auf die Masse der parteilosen Arbeiter und durch die letzteren auf viele Millionen Bauern durchzusetzen.“

Laut dem russischen Arbeitsgesetzbuch ist den Gewerkschaften das Alleinrecht eingeräumt, die Interessen sämtlicher Arbeitnehmer des Betriebes zu vertreten. Charakteristisch für das Zustandekommen der leitenden Organe der russischen Gewerkschaften ist, daß sie nicht auf demokratischer Grundlage von der Mitgliedschaft gewählt, sondern im Grunde genommen von der Kommunistischen Partei ernannt werden. Mit anderen Worten: Die Führung der Gewerkschaftsbewegung liegt fast durchweg in den Händen der Kommunisten, die als Organe der Sowjetregierung wirken und deren Politik sehr oft im schärfsten Widerspruch zu den Interessen der Arbeiterchaft steht. Ueber die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung unter dem Bolschewismus sei folgendes ausgeführt:

Unmittelbar nach der bolschewistischen Revolution wurden die Gewerkschaften berufen, die Produktion und die Arbeitskräfte zu regeln sowie den Warenaustausch zwischen Stadt und Land zu leiten. De facto wurden die Gewerkschaften zu Einrichtungen des Staatsapparats umgestaltet. Der Schutz der Arbeiterinteressen war um diese Periode völlig aus dem Betätigungsbereich der Gewerkschaften ausgeschaltet. Unter den trostlosen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen des Landes haben jedoch die Gewerkschaften auf dem Gebiet der Organisation der Industrie und der Regelung des Verbrauches vollständig versagt. Kein anderer als der Generalsekretär der Profintern, Lojowski, stellte wie folgt fest:

„Das Experiment der drei Revolutionsjahre bewies, daß sämtliche Arten der unverzüglichen Verstaatlichung (der Gewerkschaften) mit einem Mißerfolg endeten.“

Nach Proklamierung der neuen Wirtschaftspolitik (Nep) wurden die Gewerkschaften allmählich von der Organisation der Industrie und der Regelung des Verbrauchs ausgeschaltet. Von nun an sollten die Gewerkschaften die Interessen der Arbeiterschaft vertreten. Für diesen Zweck räumte das Arbeitsgesetzbuch den Gewerkschaften umfangreiche Rechte ein. In der Praxis jedoch betrieben die leitenden Organe der Gewerkschaften mit geringen Ausnahmen eine ausgesprochene Antiarbeiterpolitik. Genau so wie die Spitzen der Kommunistischen Partei haben diese Organe sich zu einer oberen Aristokratenkaste herausgebildet, die ihrer sozialen Stellung nach mit der Masse der Arbeitnehmerschaft wenig Gemeinsames hat. Sie wirkt nicht als Vertreterin der Arbeiterinteressen, sondern der regierenden Partei, die die Leitungen der Gewerkschaften faktisch ernennet und von der sie abhängig sind. Von der erschütternden Praxis in dieser Hinsicht seien einige Beispiele angeführt: Im „Trud“, dem Organ des Zentralrates der russischen Gewerkschaften, vom 17. Oktober 1925 wird die sozialpolitische Rolle der Sowjetgewerkschaften u. a. folgendermaßen charakterisiert:

„Die Gewerkschaften sind auf Schritt und Tritt nicht als Verteidiger und Führer der Arbeitermassen aufgetreten, sondern als Hilfsorgane der Betriebsleitungen bei der Hebung der Produktivität der Arbeit. Häufig erließen die Gewerkschaften in den Betrieben die Wirtschaftsorgane, und sehr oft kam es vor, daß die Arbeiter den Betriebsauschluß von der Wertleistung nicht zu unterscheiden vermochten.“

Und weiter:

„Sie (die Gewerkschaften) haben bei Konflikten selbst Arbeiter entlassen. Sie haben die Arbeiter von einer Arbeit zur anderen veretzt und die Arbeitsbelastung der einzelnen Arbeiter erhöht; sie haben in der Stille der Kabinette, ohne die Öffentlichkeit genügend zu unterrichten, über Konflikte entschieden; sie haben den überaus ernsten Forderung zur Hebung der Arbeitsleistung durch Erhöhung der Arbeitsnormen und Herabsetzung der Arbeitslöhne ohne vorherige Erörterung dieser Maßnahmen mit den Arbeitern auf dem Wege bürokratischer Rundschreiben, die von der Gewerkschaft

und dem Wirtschaftsorgan unterschrieben waren, von oben her verwirklicht; sie haben sich in den Tarif- und Konfliktkommissionen (paritätische Körperchaften in den Betrieben) mit der Vertagung der Arbeiter befaßt, Urlaube für die „Wirtschaftler“ bewilligt und sich überhaupt in äußerst unkompetenter Weise in die Verwaltungstätigkeit der Wirtschaftsorgane eingemischt. Wodurch sie sich in den Augen der Arbeiter in eine zweite Wertleistung verwandelten. — Auf Schritt und Tritt werdet ihr bei dem Besuch der Betriebe hören: „Was soll ich in der Gewerkschaft? Sie unterdrückt mich ebenso wie der Fabrikdirektor. Schluß finde ich bei der Gewerkschaft nicht, und Unterstützung wird mir von ihrer Seite in keiner Weise zuteil.“

Sehr bemerkenswert ist, daß die Gewerkschaften nicht nur in den staatlichen Betrieben, sondern sogar in den privatkapitalistischen als Vertreter der Arbeiterinteressen versagen. So z. B. berichtet darüber „Wjestnik Truda“ (Der Arbeitsbote, November 1926, S. 17/19, Russisch) u. a. wie folgt:

„Die Gewerkschaftsverbände wahren die Interessen der Arbeiter in den Privatbetrieben in nicht genügendem Maße und sind nicht immer instande, die Entlassung der besonders aktiven Arbeiter, die sich den Wünschen und Forderungen des Unternehmers nicht fügen, zu verhindern. Die Einmischung der Gewerkschaft führt mitunter zum Abbau des betreffenden Arbeiters. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß sich bei den Arbeitern zu der Angst vor dem Unternehmer bisweilen auch die slavische „Achtung“ vor seiner wirtschaftlichen Macht gesellt.“

Die von uns kurz gestreifte, ausgesprochene antidemokratische Gewerkschaftspolitik ist eine unmittelbare Folge der Parteidiktatur, die sowohl die Selbstbetätigung der Arbeiterklasse und der modernen Rechtsgarantien, als auch die Kontrolle der öffentlichen Meinung über die vollständig von der regierenden Partei abhängigen Gewerkschaftsorgane ausschaltet. Sie ist zugleich eine unvermeidliche Folge der wirtschaftlichen Konstellation des Sowjetstaates, bei der die alleinherrschende Partei die wichtigsten Wirtschaftszweige der Stadt in ihren Händen konzentriert und eine irrationelle Wirtschaft aufgebaut hat.

Paul Olberg, Berlin.

## Ueber Einkommen- und Vermögenssteuer

Im Mittelpunkt der Steuergruppen von Einkommen-, Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuer steht die Einkommensteuer, eine sogenannte „direkte“ Steuer, die an den Ertrag der Arbeit oder der Güter anknüpft, die als Einkommen des Steuerpflichtigen in seinen Besitz übergehen. Sie früher den deutschen Ländern vorbehaltenen Einkommensteuer ging durch die Finanzreform von 1919/20 auf das Reich über. Die Einkommensteuer erfährt grundsätzlich das gesamte Geldeinkommen eines Steuerpflichtigen nach einem einheitlichen Steuersatz. Dabei wird das Naturaleinkommen in Geld umgerechnet und der jeweils zunehmende Betrag von der Behörde von Zeit zu Zeit bekanntgegeben. Die Einkünfte aus verschiedenen Einkommensquellen, z. B. aus Grundbesitz, Industrie oder Landwirtschaft, können verschieden behandelt werden, doch kennen wir in Deutschland nur eine Bestimmung des Gesamteinkommens, also nicht der einzelnen Einkünfte. Neben der Einkommensteuer gibt es noch „Realsteuern“, die die Erträge aus Grund- und Hausbesitz oder Gewerbebetrieb erfassen.

Als Reichssteuer sprechen wir weiter die Vermögenssteuer an, deren Erfassung jedoch den Besitzstand selbst nicht treffen und vermindern, sondern aus den Erträgen beschränkt werden soll. Die Vermögenssteuer leitet ihre Berechtigung von dem Besitz von Grund und Boden und Kapital ab, die den Besitzer desselben als wirtschaftlich unabhängiger und gesicherter gegenüber demjenigen betrachtet, der von seiner Hände Arbeit lebt.

Die Einkommensteuer ist die ertragreichste und deshalb auch die wichtigste Steuer, die fast das ganze Volk trifft. Wir unterscheiden bei ihr den Lohnabzug, den Abzug von Kapitalertrag und die Steuer auf Grund der eigenen Veranlagung.

Am einfachsten ist die Feststellung des Einkommens beim Lohn- und Gehaltsempfänger. Der Arbeitgeber ist hier verpflichtet, die Steuer bei der Auszahlung des Verdienstes abzuziehen und an die Finanzkasse abzuliefern. Der Steuerträger ist also jeder „Mühe“ entzogen. Die Naturaleinkünfte der landwirtschaftlichen Angestellten, der Hausangestellten usw. werden in Geld umgerechnet. Die Lohnsteuer trifft das Einkommen über 1200 Mk. pro Jahr mit einem Abzug von 10 Proz., sofern der Familienkreis keine weitere Heraufsetzung des steuerfreien Einkommens gestattet und dabei gleichzeitig auch den prozentualen Anteil der Steuer vermindert.

Von inländischen Kapitalerträgen, besonders aber von Dividenden, Zinsen und öffentlichen und privaten Anleihen ist generell eine Steuer von 10 Proz. zu entrichten.

Bei der Berechnung der Einkommensteuer auf Grund von Veranlagung gibt es auch Bestimmungen über ein Existenzminimum und über Abzüge je nach dem Familienstande. Diese Steuer weist einen gestaffelten Satz auf und beträgt bei einem Einkommen bis zu 8000 Mk. 10 Proz., bis 12000 Mk. 12½ Proz., bis 16000 Mk. 15 Proz. usw. Geht das Jahreseinkommen über den Betrag von 80000 Mk. hinaus, so sind dann 40 Proz. an die Steuerbehörde zu entrichten.

Schwieriger ist die Feststellung des Einkommens bei den Gewerbetreibenden. Hier muß der Kaufmann neben seinen reinen Geldeinnahmen vom ganzen Jahr auch das berücksichtigen, was er an Lagerbeständen am Anfang und am Ende des Jahres hatte. Es ist für den Laien durchaus nicht einfach, die Einkommensverhältnisse eines Kaufmanns zu durchblicken und auch das Einkommensteuergesetz, das noch besondere steuerrechtliche Bestimmungen zur Aufstellung der Bilanz getroffen hat, kann nicht alles restlos erfassen. Auf der einen Seite der Bilanz trägt der Kaufmann sein Aktivum, d. h. die Beträge ein, die er besitzt oder noch durch gekaufte Verkäufe zu beanspruchen hat. Die Passivseite gibt Aufschluß über die Verbindlichkeiten, Schulden, Unkosten usw. Ein Vergleich der beiden Posten am Jahresschluß wird feststellen, ob der Kaufmann mit Gewinn oder Verlust gearbeitet hat und was nun zu versteuern ist. Auf der gleichen Grundlage müssen die Gesellschaftsunternehmungen der verschiedenen Formen ihre Bilanz aufstellen. Diese unterliegen dann mit ihren Erträgen der sogenannten Körperschaftsteuer.

Die vor dem Kriege den einzelnen Bundesstaaten vorbehaltenen Einkommensteuer wird heute vom Reich erhoben und an dieses zu 25 Proz. abgeführt, während in die übrigen 75 Proz. sich Länder und Gemeinden teilen. Die Wichtigkeit der Einkommensteuer sei an einigen Zahlen aus dem Rechnungsjahr 1927 dargelegt. Von den Gesamteinnahmen dieses Jahres an Steuern, Zöllen und Abgaben in Höhe von 8449,2 Millionen Mark betrug die Einkommensteuer 2784,4 Millionen Mark, also fast ein Drittel. An diesem Ertrag ist die Einkommensteuer vom Lohnabzug mit 1348,0 Millionen Mark, die Einkommensteuer aus Veranlagung mit 1301,5 Millionen Mark und die Kapitalertragssteuer mit

134,9 Millionen Mark beteiligt. Die krisenhafte Wirtschaftslage im vergangenen Jahr hat ihren Ausdruck auch in einer Schwächung der Einkommensteuerkraft gefunden, eine bemerkenswerte Tatsache, die zeigt, daß es uns doch nicht so glänzend geht, wie man immer hinzustellen beliebt. In Bayern, Württemberg, Thüringen, Oldenburg, Braunschweig, Anhalt, Lippe, Mecklenburg-Strelitz und Schaumburg-Lippe ist ein absoluter Rückgang der Einkommensteuerkraft um zusammen 15 Millionen zu verzeichnen. Merkwürdigerweise hat dagegen der Rechnungsanteil an Körperschaftsteuer in allen Ländern zugenommen. Einkommen- und Körperschaftsteuer zusammengerechnet ergibt auf den Kopf in Prozenten umgerechnet im Reichsdurchschnitt doch wieder eine Minderung des Einkommens.

Die Vermögenssteuer wird aus dem die Summe von 5000 Mk. übersteigenden Vermögen erhoben. Die Steuer soll grundsätzlich nicht die Substanz belasten, sondern nur den Ertrag aus dem Vermögen, der normalerweise von jedem Besitzer herausgewirtschaftet wird, zur Steuer heranziehen. Die Vermögen besitzenden Klassen werden aus der Tatsache heraus, daß sie als besonders steuerkräftige Bürger gekennzeichnet werden, mit einer Sonderabgabe zur Bestreitung der Staatsaufgaben belastet, die man vor dem Kriege als Ergänzungssteuer bezeichnete.

Die Erbschafts- und Schenkungssteuer, die im Jahr 1927 den Betrag von 72 Millionen Mark ergab, wird erhoben, wenn ein Erbfall eintritt oder größere Schenkungen gemacht werden, die unter Umständen der späteren Besteuerung entzogen werden sollen. Nach der Höhe der Erbschaft bzw. der Schenkung ist der Steuertarif abgestuft, dabei ist aber der Grad der Verwandtschaft auch noch berücksichtigt.

Neben diesen verschiedenen Arten von Steuern aus Einkommen und Vermögen gibt es noch einmalige Abgaben aus diesen, die aber heute keine Bedeutung mehr haben. **Früh.**

## Reichs- und Staatsarbeiter

**Dresden.** In einer gut besuchten Versammlung am 12. März 1929 nahmen die Arbeiter der Reichswehrbetriebe Stellung zur Hauptbetriebsratswahl. Kollege Meinke berichtete über die Tätigkeit des Hauptbetriebsrats. In der kurzen Zeitspanne seines Bestehens hat der Hauptbetriebsrat seine Existenzberechtigung glänzend bewiesen. Das ist vor allem der Gemeinschaftsarbeit mit dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter zu verdanken, welcher den Hauptbetriebsrat in seiner schwierigen Aufgabe erfolgreich unterstützte. Die Versammlung stand einmütig auf dem Standpunkt, daß nur die Liste I für die Hauptbetriebsratswahl in Frage kommen könne, zumal die gegnerischen Listen bisher einen Beweis erfolgreicher Tätigkeit nicht erbracht haben. Es sei denn, daß sie nach alter Gewohnheit das für ihren Erfolg buchen, was die freien Gewerkschaften bereits errungen haben. Daß für solche Aufgewerkschaftler in Dresden kein Platz ist, zeigte zur Genüge diese imposante Versammlung.

## Aus unserer Bewegung

**Hirschberg.** In der gut besuchten Mitgliederversammlung am 8. März referierte Kollege Pizze k von der Gauleitung über die Lohnfrage, die Betriebsratswahl und die neu einzuführende Invalidenzzuschusskasse in unserem Verband. Zur Lohnfrage legten die Staatsarbeiter eine Entschließung vor, die angenommen wurde. Die Einführung der Invalidenversicherung entfachte eine sehr starke Diskussion, da die Kollegen sich mit dieser Neuerung nicht recht einverstanden erklärten. Zum Schluß wurden noch einige örtliche Angelegenheiten erledigt.

## Rundschau

**Stand des Tarifvertragswesens.** In dem vom Reichsarbeitsministerium herausgegebenen 43. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt werden die jüngsten statistischen Aufzeichnungen über den Stand des Tarifvertragswesens bekanntgegeben. Wir greifen die wichtigsten Angaben heraus, die den Umfang und die Bedeutung der Tarifverträge deutlich erkennen lassen. Am 1. Januar 1927 galten für etwa 69 Proz. aller Arbeitnehmer tarifvertragliche Arbeitsbedingungen. Davon werden die Arbeiter stärker erfasst als die Angestellten. Und die männlichen Arbeitnehmer sind wieder stärker beteiligt als die weiblichen. Unter Tarifverträge fallen Arbeiter 7,09 Millionen oder 65 Proz., Arbeiterinnen 2,23 Millionen oder 63,7 Proz., männliche Angestellte 1,15 Millionen oder 50,0 v. H., weibliche Angestellte 0,50 Millionen oder 41,7 Proz. Am 1. Januar 1927 bestanden insgesamt 7490 Tarifverträge unter deren Bereich 807 300 Betriebe und 10 970 120 (darunter 2 726 628 weibliche) Personen fielen. Gegenüber dem Stande vom 1. Januar 1926 ist das Tarifvertragswesen etwas

zurückgegangen. Der Stand vom 1. Januar 1926 war 7533 Tarife, die 788 755 Betriebe mit 11 140 521 (2 878 882 weibliche) Personen unter ihren Geltungsbereich einbezogen. Der kleine Rückgang ist durch die Wirtschaftskrise des Jahres 1926 verursacht. Die überall, so macht sich auch im Tarifvertragswesen die Konzentration bemerkbar. Von den Tarifverträgen werden immer größere Geltungsbereiche erfasst. Der Ortstarifvertrag tritt gegenüber dem Bezirkstarifvertrag zurück. So entfielen am 1. Januar 1926 76,3 Proz. und am 1. Januar 1927 77,5 Proz. der von Tarifverträgen erfassten Arbeitnehmer auf Bezirkstarifverträge. Von den Reichstarifen wurden 13 Proz. und von den Ortstarifen 5,8 Proz. (1926: 7,1 Proz.) Arbeitnehmer erfasst. 29 Tarifverträge umfassten je mehr als 50 000 Beschäftigte gleich 3,7 Millionen oder mehr als ein Drittel der tarifbeteiligten Arbeitnehmerschaft. Die Tarife, die von den Gewerkschaften mit den einzelnen Arbeitgebern abgeschlossen werden, sind gering. Verbandstarif (Abschluss des Tarifvertrages von Organisation zu Organisation) wurden 1926 für 1143 abgeschlossen, die für 717 519 Betriebe mit 9 477 822 beschäftigten Personen galten. In der Geltungsdauer überwogen die Tarifverträge mit mittlerer Laufzeit. Eine Geltungszeit von ½ bis 1 Jahr hatten 61,7 Proz. aller Tarife. Diese umfassten 68,8 Proz. aller Betriebe und 62,9 Proz. aller beschäftigten Arbeitnehmer. Von den am 1. Januar 1927 bestandenen 7490 Tarifen für 807 300 Betriebe mit 10 970 120 Arbeitnehmern kamen auf folgende Weise zustande:

	Tarife	für Betriebe	Beschäftigte Personen
Nach Streik oder Aussperrung	269	17 043	1 065 915
Auf Grund eines Schiedsspruches	1046	260 993	4 243 438
Ohne Streik, Aussperrung und Schlichtungsverfahren	6175	529 264	5 660 767

Die Mehrzahl aller Verträge kam also auf freier Vereinbarung zustande. Von diesen Verträgen wird allerdings nicht die Mehrheit der tarifbeteiligten Arbeitnehmer erfasst, sondern etwas mehr als die Hälfte.

**Hugenbergs Kampf gegen die Sozialversicherung.** Kaum ein Gebiet war in dem letzten Jahre so heiß umstritten wie das der Sozialversicherung. Eine besondere Note kam in diesen Kampf durch die Wahl Hugenbergs zum Vorsitzenden der Deutschnationalen Partei, der sich als Vertreter der Großindustrie besonders berufen fühlte, gegen die „sozialen Lasten“, die die Arbeitgeber angelächelt ruinieren, Sturm zu laufen. Auf der anderen Seite haben wir die Tatsache zu verzeichnen, daß von den Gewerkschaften als Vertreter der Arbeitnehmer Wert darauf gelegt wird, die Sozialversicherung zeitentsprechend auszubauen. In diesem Bestreben, das aus der Not der Zeit heraus geboren ist, werden sie auch in bestimmten Punkten unterstützt durch die Reformvorschläge, die von Seiten der Krankenkassen ausgehen. — Ursprünglich wollte Hugenberg in einer Sitzung des Parteivorstandes der Deutschnationalen seine Reformpläne bezüglich des Abbaus der Sozialversicherung vortragen; seltsamerweise kam es nicht dazu. Wir nehmen an, daß sich selbst in den Reihen seiner Fraktionskollegen die Unmöglichkeit solcher Pläne durchgesetzt hat. Tatsächlich ist es auch so, daß sich selbst große Teile der Deutschnationalen gründlich vor den Kopf gestoßen fühlten.

Die Durchführung der Hugenbergschen Pläne, die einen Abbau der Invaliden-, Knappschafts-, Angestellten- und Erwerbslosenversicherung versuchen, würde zwar der Industrie eine Entlastung bringen durch den Ausfall der Beitragszahlungen, um so stärker wären aber die Arbeitnehmer und die Öffentlichkeit belastet. Das Geschrei der Wirtschaft gegen die ungeheuer ausgedehnte Sozialversicherung ist aber auch mit gar nichts begründet. Jedenfalls ist es Tatsache, daß trotz der „hohen sozialen Lasten“ die Wirtschaft ganz gut verdient, wie die in der letzten Zeit herausgekommenen Abschlüsse der verschiedenen Großunternehmen aufzeigen. Eine Verteilung von Dividenden von 10 bis 15 Proz., ganz abgesehen von den verschleierten Gewinnen, bestätigt dies, trotz der Beiträge an die sozialen Institutionen. Hugenberg weiß, daß auf normalem parlamentarischem Wege eine solche radikale sozialreaktionäre Reform niemals durchzuführen ist, und so empfiehlt er denn eine Diktatur. Die aber werden wir zu verhindern wissen! Trotz dem Geschrei der Arbeitgeber und des Angriffes auf die Sozialversicherung werden wir uns nicht davon abbringen lassen, diese Erwerbslosigkeit des Industrie-Proletariates weiter im Sinne der Werktätigen zu verbessern.

**Verletzungen der Wirbelsäule bei Lastenträgern.** Nachdem die für so viele Berufe wichtige Frage des Tragens schwerer Lasten wurde, sind die interessierten Organisationen mit Recht bestrebt, dieses Problem auf der Internationalen Arbeitskonferenz wieder zur Behandlung zu bringen. Um diese Bestrebungen zu unterstützen und die im Interesse von Gesundheit und Wohlergehen der Arbeiterschaft so wichtige Frage in ihren Einzelheiten darzu-

stellen, geben wir nachstehend einen uns von der Lebensmittelarbeiter-Internationale zur Verfügung gestellten Artikel über die Verletzungen der Wirbelsäule bei Lastenträgern wieder. Es ist Beispiel dafür, daß die Wissenschaft durch ihre eigenen Forschungsmethoden oft nur bestätigt, was die Arbeiterschaft aus ihrer beruflichen Erfahrung vorher schon erkannt hat, bietet die Frage der gesundheitlichen Schädigung der Lastenträger. Daß dieser Beruf eine hohe Unfallziffer aufweist, haben die diesen Beruf ausübenden Arbeiter am eigenen Leibe erfahren müssen. Die Gewerkschaften haben deshalb seit langem die Forderung einer Beschränkung des Gewichtes der Traglasten aufgestellt. Unter dem Einfluß der insbesondere von der Internationalen Lebensmittelarbeiter-Union (I.L.U.) in Zürich und der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (I.T.F.) in Amsterdam geführten Propaganda wurde in letzter Zeit auch von medizinischer Seite mehrfach auf die Schädigungen hingewiesen, die das berufliche Lastentragen mit sich bringt. Unter den durch Lastentragen bedingten Berufsschädigungen werden als besonders häufig Leistenbrüche, Platt- und Knickfüße und Rückgratverkrümmungen hervorgehoben. Speziell der Untersuchung einer Beeinflussung von Zustand und Funktionen der Wirbelsäule durch berufsmäßiges Lastentragen ist das Gutachten der Professoren F. Steinmann (Bern) und K. Wagner (Moskau) gewidmet. Diese weisen darauf hin, daß die durch die Traglast in hohem, oft sogar höchstem Maße auf ihre funktionelle Leistungsfähigkeit beanspruchte Wirbelsäule des Lastenträgers unter hohem Verletzungsrisiko steht: es genügt unter Umständen ein geringer Stoß, ein leichter Fehltritt, um die Tragfähigkeit der maximal belasteten Wirbelsäule zu überschreiten und eine Verletzung des bei der betr. Körperstellung meistbelasteten Wirbels hervorzurufen. Je höher die ständige Belastung einer Wirbelsäule ist, um so mehr ist diese einerseits der Gefahr einer Unfallverletzung ausgesetzt, und um so höher ist für sie andererseits das Risiko wiederholter kleinerer Verletzungen, die durch ständige Rückfälle allmählich zur Entwicklung von durch Verletzungen entstandenen Wirbelsäulerkrankungen und -verkrümmungen führen. Die Gutachter kommen zusammenfassend zu folgendem Schluß:

„Das Lastentragen ist entschieden ein Beruf von hohen Unfallziffern. Das hohe Unfallrisiko beim Ausüben dieses Berufes ist nicht zu bestreiten. Ein erheblicher Prozentsatz der durch diesen Beruf verursachten Schädigungen entfällt auf die Wirbelsäule, wobei verschiedene Momente, wie latente Krankheitsbereitschaft, Konstitution, angeborene Anomalien, einerseits das Zustandekommen einer Verletzung erheblich begünstigen, andererseits die Folgen einer Verletzung in ausgiebigem Maße vermindern. Je höher die berufsmäßige, ständige funktionelle Belastung der Wirbelsäule, um so höher das Krankheitsrisiko. Es leuchtet deshalb ein, daß bei einer kritisch regulierten funktionellen Beanspruchung (also durch Beschränkung des Gewichtes der Traglast) sowohl das Unfallrisiko als auch das Krankheitsrisiko in bezug auf die Wirbelsäule beträchtlich herabgesetzt werden kann. Die Regulierung der Frage bezüglich eines gesetzmäßigen Höchstgewichtes der Traglasten würde dem Problem einer Bekämpfung der erwähnten Kategorien von Berufs- und Unfallkrankungen fraglos näher treten.“

Aus dieser Erwägung heraus haben die in der I.L.U. und der Internationalen Transportarbeiter-Föderation zusammengeschlossenen Arbeiterorganisationen die Forderung aufgestellt, daß ein von der Internationalen Arbeiterorganisation beschlossenes internationales Übereinkommen das Gewicht der Traglasten auf maximal 75 Kilogramm beschränken soll. Die betroffene Arbeiterschaft steht geschlossen hinter dieser Forderung. Da auch die Wissenschaft sie anerkennt, darf erwartet werden, daß das Internationale Arbeitsamt sie spätestens im nächsten Jahre einer Lösung entgegenführt.

**Jahreshauptversammlung 1929 der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene.** Die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene veranstaltet ihre diesjährige (VI.) Jahreshauptversammlung in der Zeit vom 16. bis 18. September in Heidelberg. Hauptverhandlungsthemen sind „Der Fabrikbau“ und „Die Fabrikspeisung“. Im Anschluß an diese Tagung findet die städtische Jahrestagung der Gesellschaft mit dem Hauptverhandlungsthema „Die Behandlung der gewerblichen Berufskrankheiten“ statt. Die Jahreshauptversammlung ist mit der Veranstaltung eines gewerbehygienischen Vortragskurses, auf dem allgemeine Fragen des gesundheitlichen Arbeiterschutzes besprochen werden, verbunden. Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene, Frankfurt a. M., Platz der Republik 49.

**Kampf ist die Lösung.** Kollege F. W., Frankfurt a. M., schreibt uns u. a.: Daß das Jahr 1929 ein Kampfsjahr größeren Ausmaßes werden wird, war den Gewerkschaften schon vor Ablauf des alten Jahres bekannt. Nicht nur deuteten die riesenhaften Aussparungen in allen Teilen des Reiches durch die macht- und profitlüsternen Wirtschaftsgewaltigen darauf hin, daß man mit allen, ja den verzweifeltsten und verwerflichsten Mitteln versucht, den Einfluß auf die Wirtschaft und das starke Anwachsen der Gewerkschaften zu verhindern; auch die 1929 zu zahlenden Reparationslasten helfen mit das Feuer auf der einen und den Kampfswillen auf der anderen Seite stärken. Haben wir den Kampf zu fürchten? Nein! Unser Leben ist Kampf und wird für unabsehbare Zeit Kampf

bleiben. All das Jammern der bürgerlichen Blätter über die Not der Industrieherrn und Großagraren sollen und können uns nicht über unsere Lebens- und Weltanschauung täuschen, denn längst hat die Arbeiterschaft erkannt, in welsch schreiendem Mißverhältnis sich Kapital und Arbeit gegenüberstehen. Der kleinste Rückschlag in der kapitalistischen Profitwirtschaft wird zur Veranlassung, über die Not der Besitzenden zu schreiben; aber man vergißt die schon eingeholten Profite. — Der 1. April ist soeben vorüber; mit ihm kam der Ablauf der Tarifverträge. Nicht bettelnd und bittend stehen wir da, nein, fordernd treten wir auf, trotzig und voll von Kampfesstimmung. Wir fordern „menschenwürdiges Dasein“! Daß bei den Lohnforderungen der Gemeinde- und Staatsarbeiter ebenso erbittert gekämpft wird wie bei unseren Kollegen in der Privatindustrie, darüber sind sich die Spitzen unseres Verbandes klar und sind darauf eingestellt; denn schon bei den Vorverhandlungen sind unsere Unterhändler auf starken Widerstand gestoßen. — Bestimmt werden unsere Unterhändler, sei es in freier Vereinbarung oder auf dem Zwangswege das Möglichste für uns zu erreichen suchen. Leicht wird es ihnen nicht werden, denn alle Mienen wird man auf der Gegenseite springen lassen, um zu zeigen, wie groß die Not der Gemeinden ist, wenn es sich darum handelt, für uns höhere Löhne zu bewilligen. Mit allen Mitteln wird man versuchen, die Öffentlichkeit auf die unerhörten Forderungen der Gemeindearbeiter aufmerksam zu machen und gegen uns aufzuheben. Aber, wenngleich es noch Außensteiter gibt, fester schließt sich das Band der Solidarität um die Entrechteten; die Sympathie der Arbeitergruppen zueinander ist in stetem Fortschreiten begriffen. Ohne Murren lernt man Lasten tragen, wenn es nur dem Arbeitsbruder Vorteile bringt. — Wenn man aber glaubt, uns immer wieder sagen zu müssen, daß wir mit unseren Lohnforderungen Staat und Wirtschaft ruinieren, so sei denen folgendes gesagt: Wir haben als Gewerkschafter und Staatsbürger, die einen neuen Staat aufbauen wollen, Verantwortungsgefühl genug, um nicht in frivolster Weise Staat und Wirtschaft an den Rand des Abgrundes zu bringen, um Augenblickserfolge zu erringen, die wir später um so teurer bezahlen müssen. Und gerade deswegen, weil wir dieses hohe Verantwortungsgefühl besitzen, halten wir an unseren Forderungen fest, denn die erhöhten Löhne sind für die Gemeinden tragbar, und sie können ihren Kassenbestand erhöhen und gesunden lassen, wenn sie dazu übergehen, die besitzende Klasse so zur Zahlung von Steuern und Abgaben heranzuziehen wie die breite Masse. Daß letzteres in absehbarer Zeit nicht eintritt, wissen wir, denn wer die Macht hat, hat das Recht, und das haben wir vergessen zu erobern. Folglich bleibt uns auch in diesem Lohnkampf keine andere Wahl als „Kampf unser Lösungswort“ zu nennen, bis die Macht unser und das kapitalistische System gestürzt ist. — Zurzeit sind schon einige Tarifverträge auf dem Zwangswege neu abgeschlossen worden oder man ist noch bei der Verhandlung; so auch wir als Gemeindearbeiter. Bei all den schon getätigten Tarifabschlüssen wurden Schiedsprüche in Höhe von 3 bis 5 Pf. gefällt. Ob diese Sätze im Verhältnis zu den Preissteigerungen der Lebensmittel stehen, darüber braucht man nicht zu reden. Aber, ist bei der diesjährigen Lohnverhandlung die Erreichung der Lohnhöhe das Wesentlichste? Nein! Der Unternehmer, auch der kommunale, gibt ja zu erkennen, daß er gar nicht so unsozial denkt, wie es die Gewerkschaften hinzustellen belieben, man erkennt ja in einem gewissen Verhandlungsstadium die Not der Arbeiter an, wenn nur die Laufzeit des Vertrages langfristig ist. Hier liegt der Hase im Pfeffer. Langfristige Verträge, das ist seit langem schon der unerfüllte Traum der Unternehmer. Einer kleinen tragbaren Lohnhöhe folgt eine Preissteigerung auf dem Fuße. Der Schaden ist wieder geheilt, und der Unternehmer hat die Aussicht auf längere Zeit ungeahnte Gewinne einzukassieren. — Was ist nun zu tun? Klar und präzise müssen die Forderungen der Gewerkschaften gestellt sein; schon aus ihnen muß die Gegenseite ersehen, mit welcher Macht und Entschlossenheit wir auf eine Entscheidung drängen. Eine Anpassung des Lohnes an die Lebenshaltungskosten muß kommen, das ist der Wille der Gewerkschaften, und das Recht zum Leben fordert das. — Noch stehen wir als Gemeindearbeiter nicht mit beiden Füßen im Kampf, aber mit jedem Tag rückt die Stunde näher, in der wir zum Schlag ausholen; bis dahin gilt es, alle Kräfte anzuspannen, um unsere Reihen zu stärken. Laufende Kollegen stehen noch abseits, diese müssen gewonnen und mit dem gewerkschaftlichen Gedanken vertraut gemacht werden. Erst dann, wenn wir in der Lage sind, dem Unternehmertum eine geschlossene Phalanx der Schaffenden gegenüberzustellen, dann werden wir siegreich aus diesem Lohnkampf hervorgehen; wenn das letzte Glied in der proletarischen Kette geschlossen ist, dann schreiten wir unserem Ziele zu.

## Briefkasten

Zur gefl. Beachtung! Die Deutsche Ausstellung: Gas und Wasser wird nicht vom 19. bis 21. April, wie der Druckfehler-Teufel in Nr. 13 „Gew.“ angibt, sondern vom 19. April bis 21. Juli 1929.

Verlag: In Vertretung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter F. Müntner, Verantwortlicher Redakteur: Emil Dittmer, Große Berlin SO. 36, Sülzeische Str. 42.